



SCHWEIZERISCHE FLÜCHTLINGSHILFE

ORGANISATION SUISSE D'AIDE AUX RÉFUGIÉS

ORGANIZZAZIONE SVIZZERA AIUTO AI RIFUGIATI

SFH OSAR

Mazedonien

Lageübersicht Juni 2001

Rahel Bösch, Länderanalyse SFH

Bern, im Juni 2001

MONBIJOUSTRASSE 120 POSTFACH 8154 CH-3001 BERN
TEL 031 370 75 75 E-MAIL INFO@sfh-osar.ch
FAX 031 370 75 00 INTERNET <http://www.sfh-osar.ch>
PC-KONTO 30-16741-4 SPENDENKONTO PC 30-1085-7

MEMBER OF THE EUROPEAN COUNCIL ON REFUGEES AND EXILES  MITGLIED DER ZEWO

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 / 370 75 75
Fax 031 / 370 75 00
E-Mail: INFO@sfh-osar.ch
Internet: www.sfh-osar.ch
PC-Konto: 30-1085-7

AUTORIN

Rahel Bösch, Länderanalyse SFH

SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

PREIS

Fr. 20.— inkl. 2,4 % MWSt., zuzgl. Versandkosten

COPYRIGHT

© 2001  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Länderinformationen Mazedonien	1
2	Einleitung	2
3	Hintergrund	3
3.1	Kulturelle Unterschiede	3
3.2	Einfluss der Kosova-Krise	4
3.3	Wirtschaftliche und soziale Situation	4
4	Konflikt- und Problembereiche	5
4.1	Verfassung	6
4.2	Sprache und höhere Bildung	7
4.2.1	Albanisch-sprachige Universität Tetovo	7
4.3	Staatsangehörigkeit	8
4.4	Lokale Selbstverwaltung	10
5	Politische Entwicklung	10
5.1	Hintergrund	10
5.2	Konflikt und Krise	12
5.3	Friedensbemühungen	14
5.3.1	Regierung der nationalen Einheit	14
5.3.2	Verhandlungen mit der UCK	15
5.3.3	Teilungsplan	15
5.3.4	Trajkovski-Initiative: Allparteiengespräche	15
6	Menschenrechtssituation	16
6.1	Rechtsstaatlichkeit	17
6.2	Ethnische Minderheiten	17
6.2.1	Albanische Volksgruppe	17
6.2.2	Roma	18
6.2.3	Türkische Volksgruppe	19
6.3	Militärdienstpflicht	19



6.4 Menschenrechtslage im Frühsommer 2001	20
6.4.1 Überblick	20
6.4.2 Übergriffe durch Polizei und Militär	20
6.4.3 Übergriffe durch die UCK	22
6.4.4 Ausschreitungen in Bitola	22
6.5 Flüchtlinge und intern Vertriebene	23
7 Schlussfolgernde Zusammenfassung	24

ANNEXES

ANNEX 1: Übersichtskarte

ANNEX 2: Chronologie FJR Mazedonien

ANNEX 3: Politische Parteien und bewaffnete Organisationen in Mazedonien



1 Länderinformationen Mazedonien

Geographische Lage:	Südlicher Balkan
Staatsgebiet:	25,713 km ²
Offizielle Staatsbezeichnung:	Frühere Jugoslawische Republik Mazedonien (FJRM)
Hauptstadt:	Skopje
Unabhängigkeit:	Proklamation 25. Januar 1991 Referendum 8. September 1991
Bevölkerung (2000):	2,041,467 Einwohner
Ethnische Gruppen (1994):	SlawInnen (66,5%), AlbanerInnen (22,9%), TürklInnen (4,0%), Roma (2,3%), SerblInnen (2,0%), VlachInnen (0,4%), Sonstige (1,9%); Angaben gemäss Volkszählung von 1994 (Zensus umstritten)
Flüchtlinge (Ende 1999):	17,400 (davon 17,000 aus der BR Jugoslawien inkl. Kosova)
Amtssprache:	Mazedonisch
Sprachen:	Mazedonisch, Albanisch, Türkisch, Serbo-Kroatisch, Sonstige
Religionen (1994):	Mazedonisch-Orthodox (66,6%), Muslimisch (30,1%), Katholiken und Sonstige (3,3%)
Verwaltung:	34 Bezirke, 123 Gemeinden
Städte (1994):	Skopje (444,300 Einwohner), Bitola (77,500), Kumanovo (71,900), Prilep (68,100), Tetovo (50,300)
Staatsoberhaupt:	Boris Trajkovski (seit 15. Dezember 1999) Direktwahl alle 5 Jahre
Regierungschef:	Ljubco Georgjevski (VMRO-DPMNE) (seit 1. Dezember 1998) Wahl der Sobranje (Parlament, 120 Sitze) alle 4 Jahre
Politische Parteien:	siehe Annex
Währung:	1 Denar (Den) = 100 Deni
BSP per capita (1999):	3,800 \$ Kaufkraftparität (geschätzt)



2 Einleitung

Mazedonien war die einzige Teilrepublik des ehemaligen Jugoslawien, die sich 1991 friedlich ablösen konnte und in keinen der Kriege des vergangenen Jahrzehnts involviert war. 1991 wurde in Mazedonien ein Referendum durchgeführt, dessen Ergebnis im gleichen Jahr ohne wesentliche Konflikte mit Belgrad zur Unabhängigkeit des Kleinstaates führte. Mazedonien hat rund zwei Millionen EinwohnerInnen, grenzt östlich an Bulgarien, südlich an Griechenland, im Westen an Albanien und im Norden an Kosova beziehungsweise Südserbien.¹ Nebst der slawischen Bevölkerungsmehrheit leben eine grosse albanische Volksgruppe sowie weitere ethnische Minderheiten, namentlich Angehörige der türkischen Volksgruppe, der Roma, der vlachischen und der serbischen Volksgruppe in Mazedonien.

Seit Beginn der 90er Jahre hatte Mazedonien mehrere schwere Krisen zu überstehen. Dazu gehörte unter anderem das griechische Embargo Mitte der 90er Jahre, die Folgen der Sanktionen gegen Serbien und Montenegro sowie die mit dem Krieg in Kosova verbundene Flüchtlingskrise von 1999, wo innerhalb weniger Monate rund 200'000 Vertriebene aus Kosova Zuflucht suchten.

Mazedonien als Rückzugsort für die OSCE- und UNO-MitarbeiterInnen, Mazedonien als Stützpunkt für die NATO-Truppen in Kosova, Mazedonien als Zufluchtsort für die Vertriebenen aus Kosova... das kleine Land am südlichsten Zipfel des ehemaligen Jugoslawien erschien in den vergangenen Jahren stets als eine Art Hort – wenn auch von ruhig nicht die Rede sein konnte – in der gespannten, von Krieg, Vertreibung und Menschenrechtsverletzungen gezeichneten Region. Die Auseinandersetzungen um die 1994 in Tetovo gegründete, offiziell nicht anerkannte albanischsprachige Universität drangen im westlichen Ausland kaum ins öffentliche Bewusstsein, ebensowenig wie die ökonomischen Probleme oder die Meldungen über Spannungen zwischen albanischen und slawischen Volksgruppen.²

In diesem Sommer nun steht Mazedonien nach vier Monaten Krise und Konflikten am Rand des Bürgerkriegs, dessen Konsequenzen nicht absehbar sind.³ Über 100'000 Menschen sind bereits geflüchtet. Trotz der rasanten Entwicklung soll mit der vorliegenden Lageübersicht der Versuch unternommen werden, wesentliche Hintergründe in einen aktuellen Gesamtzusammenhang zu stellen und dabei vor allem auch die Menschenrechtssituation aufzuzeigen.⁴

¹ Siehe geografische Karte Annex 1

² Ein Hauptkonfliktpunkt, die Präambel der Verfassung, wonach Mazedonien der Staat der „Mazedonier“ ist, widerspiegelt sich auch in der Rede von „Albanern“ und „Mazedoniern“ in Mazedonien. Da es sich um ethnische Gruppen handelt, wird im vorliegenden Text von ethnisch-albanischen und ethnisch-slawischen MazedonierInnen gesprochen.

³ Eine ausgezeichnete Analyse der aktuellen Situation bietet auch der soeben erschienene neue Mazedonien-Report der International Crisis Group. Er konnte in diesem Bericht leider nicht mehr berücksichtigt werden. ICG, Macedonia: The Last Chance for Peace, 20 June 2001.

⁴ Der vorliegende Bericht berücksichtigt die Entwicklung bis zum 27. Juni 2001.

3 Hintergrund

Mazedonien galt bis vor kurzem als positives Beispiel für multiethnisches Zusammenleben im Balkan, weil seit 1992 Koalitionsregierungen an der Macht waren, in denen stets auch eine ethnisch-albanische Partei vertreten war. Trotz dieser Koalition auf Regierungsebene schritt nach Feststellung der internationalen Menschenrechtsorganisation „International Helsinki Federation“ (IHF) jedoch die Segregation zwischen den beiden grössten Bevölkerungsgruppen während des letzten Jahrzehnts stetig fort. Politisch, geografisch und ökonomisch verliefen die Trennlinien zunehmend klar entlang den ethnischen Grenzen. Dies muss auch im Zusammenhang mit den Balkankriegen, die dieses Jahrzehnt geprägt haben, gesehen werden.

Die Ereignisse in den übrigen ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens, darunter auch die Auflösung der früheren gesamt-jugoslawischen ökonomischen, kulturellen und sozialen Strukturen, waren einer Integration der verschiedenen ethnischen Gruppen auch in Mazedonien nicht förderlich. Das Misstrauen zwischen den Volksgruppen wuchs und wurde durch den mangelnden Einbezug der albanischen Volksgruppe in den Verwaltungsstrukturen verstärkt.

3.1 Kulturelle Unterschiede

Verschiedene kulturelle Faktoren wirken zudem trennend: Die beiden Volksgruppe gehören verschiedenen Religionen an, sprechen verschiedene Sprachen und benutzen verschiedene Alphabete. Die albanische Volksgruppe ist eher im Westen des Landes konzentriert, während die slawische Volksgruppe im übrigen Land lebt. Auch in den Städten, wo beide Volksgruppen leben, leben sie nicht durchmischt, sondern eher getrennt in verschiedenen Quartieren, lesen verschiedene Zeitungen und besuchen verschiedene Cafés.

Im öffentlichen Leben ist die albanische Volksgruppe stark untervertreten. Nach Angaben von IHF gehören lediglich sieben Prozent der BeamtInnen der albanischen Volksgruppe an, in der Politik sind es nur drei Prozent. Dementsprechend bewegen sich die beiden Volksgruppen auch ökonomisch in unterschiedlichen Sektoren: Die albanischen MazedonierInnen sind vorwiegend in Kleingewerbe und Handel zu finden, während die slawischen MazedonierInnen eher in Verwaltung und Dienstleistungsbetrieben arbeiten.

Trotz der Medienfreiheit gibt es auch in diesem Bereich wenig Durchmischung. In den vergangenen Jahren wurden zwar rund 200 private Radio- und Fernsehstationen gegründet; je nach Volksgruppe richten sich diese Medien jedoch ganz spezifisch an „ihre eigenen Leute“ und werden von den andern Ethnien kaum oder nicht wahrgenommen. Nach wie vor bleibt das staatliche Fernsehen das wichtigste Medium. Jede Minderheit hat ein Recht auf ein eigenes Programm.

3.2 Einfluss der Kosova-Krise⁵

Die Einstellung der slawischen Bevölkerungsmehrheit zu NATO und EU blieb während und nach der Kosova-Krise zwiespältig: „Man machte diese mitverantwortlich für einen Krieg, der einseitig zugunsten der Albaner in Kosova geführt worden sei und die albanische Minderheit im eigenen Land aufgepeitscht habe.“⁶ Nach Ansicht von Experten hat der Krieg in Kosova das Verhältnis zwischen den beiden grössten Volksgruppen in Mazedonien insofern verändert, als die ethnisch-albanische Volksgruppe in Mazedonien selbstbewusster geworden ist.⁷ Doch die heute im Mittelpunkt der Krise stehenden zentralen Forderungen nach einer Besserstellung eines Drittels der Bevölkerung sind nicht neu, sondern liegen seit der Unabhängigkeit auf dem Tisch. Es sind dies die Forderung nach einer Änderung der Präambel der Verfassung, die den AlbanerInnen Mazedoniens einen Minderheitenstatus zuschreibt, nach der Einführung der Hochschulausbildung in albanischer Sprache sowie der Einführung der albanischen Sprache als zweiter Landessprache, nach einer Dezentralisierung der Verwaltung, um so den Lokalverwaltungen im mehrheitlich albanisch besiedelten Westen des Landes mehr Gewicht zu geben, sowie auch einer Änderung der Gesetze bezüglich der Staatsbürgerschaft.

Von ethnisch-slawischer Seite waren diese Begehren stets weit von sich gewiesen worden. Im Schatten des Kosova-Kriegs spitzten sich auch in Mazedonien die Spannungen zu. So zeichnete sich bereits im Frühling letzten Jahres eine Pattsituation ab. Beispielsweise schrieb die NZZ damals, dass ein Ausgleich zwischen den Volksgruppen längerfristig ohne Vermittlung von aussen unmöglich sei.⁸ Ein Jahr danach war es schon fast zu spät. Apodiktisch titelte die FAZ Mitte März dieses Jahres: „Bürgerkrieg oder internationale Vermittlung?“⁹

3.3 Wirtschaftliche und soziale Situation

Ende der 90er Jahre steckte Mazedonien in einer tiefen Wirtschaftskrise. Die Rezession als Folge des weggefallenen Exportmarktes in der BR Jugoslawien und in Deutschland brachte eine Arbeitslosenrate von 40 Prozent mit sich. Die Transportkosten stiegen in der Folge der Sperrung des Transitkorridors durch Jugoslawien nach Mittel- und Westeuropa um ein Drittel; Auftraggeber in Deutschland kündigten Verträge – nach Schätzungen der Weltbank belief sich der Verlust der mazedonischen Volkswirtschaft in der Folge des dreimonatigen Kosova-Kriegs auf 630 Millionen Dollar. „Um einen angemessenen Betrag für die Dienstleistungen, die das Land gegenüber der Nato und dem UNHCR erbracht hat, wird seit Monaten gefeilscht,“ schrieb Andreas Ernst, ein in Skopje lebender Journalist, im März 2000.¹⁰

⁵ Ausführliche Informationen siehe auch: International Crisis Group, The Macedonian Question, Reform or Rebellion, 5 April 2001: Other Contributing Factors

⁶ NZZ, 27. März 2000, Andreas Ernst, Prekäre Stabilität in Mazedonien

⁷ NZZ, 27. März 2001, a.a.O

⁸ NZZ, ebd.

⁹ FAZ, 19. März 2001, Matthias Rüeb, Bürgerkrieg oder internationale Vermittlung, allmählich versteht man im Westen, wie brisant die Lage in Mazedonien ist: „... Der Zeitpunkt für eine Konfliktprävention wurde wieder einmal verpasst...“

¹⁰ NZZ, 27. März a.a.O

Die Rückkehr der Vertriebenen nach Kosova löste zwar zusammen mit dem dort anlaufenden Wiederaufbau einen Exportboom aus, von dem die Landwirtschaft sowie Bau- und Transportgewerbe in Mazedonien kurzfristig profitierten; allerdings ging dieser Trend bereits im Frühling 2000 wieder merklich zurück. Nach Schätzungen betrug im letzten Jahr die Arbeitslosenrate 36 bis 48 Prozent, was rund 350'000 Arbeitslose bedeutet. Hinzu kam, dass einem Drittel aller Angestellten die Löhne nur unregelmässig ausbezahlt wurden. Die Mehrheit der ArbeiterInnen erhalten einen Lohn von 100 bis 200 Mark. Aufgrund ausgebliebener Beitragszahlungen der Rentenbeiträge durch die Arbeitgeber, erhielten mehrere Tausend von Rentenberechtigten ihre Renten nicht ausbezahlt. „Die Armee von 230'000 RentenbezüglerInnen, von denen rund 94'000 das monatliche Minimum von 100 Mark erhalten, rundet das deprimierende soziale Bild von Mazedonien ab,“ so eine Journalistin von AIM in Skopje.¹¹ Nach ihren Informationen sind rund 70'000 Familien abhängig von dem monatlichen Fürsorgeminimum von 50 Mark; wenn man pro Familie vier Personen rechnet, ergibt dies schätzungsweise 280'000 fürsorgeabhängige Personen bei einer Gesamtbevölkerung von rund 2 Millionen und somit mehr als zehn Prozent.

Die IHF nennt für das Jahr 2000 einen Anteil von 20 Prozent aller mazedonischen Familien, die unter der Armutsgrenze leben. „Es gab keine sozialen Programme, die die zu erwartenden sozialen Spannungen hätten abfedern können.“¹² Vor diesem Hintergrund führte eine Gesetzesänderung, welche die Stellung der ArbeitnehmerInnen in der Rentenversicherung verschlechterte, zu den ersten ArbeiterInnenprotesten seit der Erreichung der Unabhängigkeit.¹³

Im Februar vor einem Jahr warnte das mazedonische Helsinki-Komitee, eine lokale Menschenrechtsorganisation, vor dem enormen Ausmass an Armut, das eine steigende Zahl von Menschen an den Rand ihrer Existenz bringe. Trotz der enormen Arbeitslosigkeit sei der Etat für Sozialfürsorge weiter gekürzt worden, zugleich stiegen die Preise für Heizöl und Elektrizität. Dies laufe dem Schutz der Menschenrechte zuwider, warnte das Helsinki Komitee. Das Leben in extremer Armut verletze die Menschenwürde.¹⁴

4 Konflikt- und Problembereiche

Die albanische und der slawische Volksgruppe sind nicht nur kulturell verschieden. Die beiden Volksgruppen haben sich offenbar auch bezüglich ihrer politischen Vorstellungen weit voneinander entfernt. So machte eine empirische Untersuchung, die im Auftrag des amerikanischen Aussenministeriums Ende April dieses Jahres durchgeführt wurde, grosse Unterschiede zwischen der albanischen und der slawischen Volksgruppe deutlich. Beispielsweise wurde in der Erhebung gefragt, ob eine Unterstützung durch NATO-Truppen willkommen wäre; auf slawischer Seite wurde dies von 59 Prozent abgelehnt, auf albanischer Seite mit 79 Prozent befürwortet. Umgekehrt befürworteten 84 Prozent der befragten slawischen Gruppe den Wiedereinmarsch der serbischen Truppe in der südserbischen Pufferzone, während 79 Prozent der albanischen Befragten dies ablehnten.

¹¹ AIM Skopje, 1 March 2000, Branka Nanevska, Protest as the Last Warning

¹² International Helsinki Federation, Report 2000, Macedonia: Social Rights; hier finden sich auch weitere Informationen zur gesetzlichen Alterssicherung.

¹³ Informationen nach AIM Skopje, 1 March 2000, a.a.O.

¹⁴ MILS News, Helsinki Committee on increased Poverty in Macedonia, 1 Februar 2001

Als "besorgniserregend unvereinbar" bezeichneten die AutorInnen der Studie die Positionen bezüglich einer Verbesserung der Stellung der albanischen Volksgruppe in MAZEDONIEN: 96 Prozent der slawischen Gruppe lehnten die Anerkennung des albanischen Volks als eine konstituierende Nation ab (Änderung der Präambel der Verfassung, siehe unten), während 98 Prozent auf albanischer Seite diese Änderung wünschten. Das gleiche gilt für die Sprache: 97 Prozent der slawischen Gruppe lehnen Albanisch als zweite Amtssprache ab, während 98 Prozent der albanischen Gruppe dies befürworteten. Zweidrittel der slawischen Befragten glaubten, dass die albanische Volksgruppe lieber in einem "pan-albanischen" Staat leben würde, während die albanische Seite selbst zu 71 Prozent den Verbleib in einem gemischt-ethnischen Mazedonien wünscht.¹⁵ Die Resultate der repräsentativen Umfrage machen den tiefen Graben zwischen den beiden Volksgruppen deutlich. Sie zeugen unter anderem auch von der Schwierigkeit der slawischen Bevölkerungsmehrheit, die Anliegen der ethnisch-albanischen Minderheit aufzunehmen.

Die verschiedenen aktuellen Konfliktpunkte sollen an dieser Stelle in kurz aufgeführt werden:

4.1 Verfassung

Die Präambel der mazedonischen Verfassung war seit deren Verabschiedung 1991 ein Dauerthema. Mazedonien Nach Erreichen der Unabhängigkeit wurde entschieden, dass Mazedonien nicht ein BürgerInnen-Staat sein wird, wo alle StaatsbürgerInnen ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit die gleichen Rechte geniessen, sondern ein durch die ethnisch slawische Volksgruppe definierter Nationalstaat, in dem die nicht-slawischen Bevölkerungsteile als Minderheiten definiert werden. Das Konzept eines Staates, der nicht von einer Ethnie beziehungsweise im jugoslawischen Kontext von einer 'Nation', sondern von den BürgerInnen getragen wird, gibt es bisher in keinem der Folgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. Dementsprechend umstritten ist die Frage, welche 'Nationen' den Staat konstituieren, also staatstragend seien.¹⁶

In der Präambel der mazedonischen Verfassung heisst es, dass Mazedonien der Staat des mazedonischen Volkes sei, das der albanischen, türkischen, vlachischen Volksgruppe, den Roma sowie andern Ethnien, die in der Republik von Mazedonien wohnen, volle Gleichberechtigung und permanentes Zusammenleben mit dem mazedonischen Volk zusichere. Nach Lesart der albanischen Volksgruppe sowie anderer ethnischer Minderheiten teilt diese Präambel die Bevölkerung in BürgerInnen erster und zweiter Klasse ein und ist somit eine Basis für deren Diskriminierung.¹⁷

Die mazedonische Verfassung garantiert zwar grosszügige Minderheitenrechte, deklariert jedoch die mazedonische Sprache als einzige offizielle Sprache (bei einem Drittel albanisch-sprechender Bevölkerung) und erwähnt die Mazedonisch-Orthodoxe Kirche als einzige

¹⁵ IWPR, Balkan-Report, Tim Judah, Albanians Back Macedonian Unity, 25 May 2001

¹⁶ Das Beispiel Bosnien-Herzegowinas zeigt den schwierigen Prozess: Nach dem Abkommen von Dayton waren in der serbischen Entität nur noch die bosnisch-serbische Volksgruppe, in der bosnjakisch-kroatischen Föderation nur noch die bosnjakische und bosnisch-kroatische Volksgruppe konstituierend. Dies war eine Basis für die Diskriminierung der Minderheiten und die weitere Segregation des Landes entlang ethnischen Trennlinien. Der bosnische Verfassungsgerichtshof hob diese Regelung auf. Im bosnischen Gesamtparlament wird jedoch die Umsetzung des Urteils noch verhindert. Weitere Informationen in: Rahel Bösch, Bosnien-Herzegowina: Zur aktuellen Situation, Bern, SFH, Juni 2001

¹⁷ IHF, Report on Two Fact Finding Missions in Macedonia, 8 June 2001

Religion.¹⁸ Nach Lesart der slawischen Volksgruppe ist Mazedonien gegenüber den „Albanern“ eher „grosszügig“, indem der Staat dieser Gruppe viele Rechte zugesteht.¹⁹ In dieser Interpretation ist allerdings die Notion, dass der Staat ein Staat der ethnisch-slawischen Volksgruppe sei, der in der Lage ist, der ethnisch-albanischen (und anderen ethnischen Minderheiten) Rechte zu geben (oder auch vorzuenthalten), stark enthalten. Eine verfassungsmässig verbrieft Gleichberechtigung bedroht offenbar das Identitätsgefühl der ethnisch-slawischen Volksgruppe; viele befürchten, dass ein solches Zugeständnis lediglich ein erster Schritt in Richtung Teilung des Landes sein könnte.

4.2 Sprache und höhere Bildung

"Kultur und Bildung waren für lange Zeit Schlüsselfragen für die ethnischen AlbanerInnen von Mazedonien. Die praktisch totale Absenz von höherer Bildung in albanischer Sprache hat die Auseinandersetzungen der ethnisch-albanischen Gruppen während des letzten Jahrzehnts dominiert," schrieb die „International Crisis Group“ (ICG) in ihrem Mazedonien-Report im August vergangenen Jahres.²⁰ Die mazedonische Sprache ist heute in Mazedonien die Landessprache, es wird das kyrillische Alphabet gebraucht. Albanisch kann in Orten, wo EinwohnerInnen in der Mehrzahl der albanischen Volksgruppe angehören, beispielsweise bei der Beschriftung von Strassen oder auch auf der Gemeindeverwaltung als zweite Sprache verwendet werden. Da jedoch die Gemeindeautonomie sehr schwach ist, beschränkt sich der Gebrauch der albanischen Sprache im öffentlichen Bereich auf die lokale Ebene. Als Gruppe, die rund einen Drittel der Bevölkerung ausmacht, verlangen die ethnisch-albanischen MazedonierInnen, dass die albanische Sprache offiziell zweite Landessprache wird. In diesem Zusammenhang ist auch die Forderung der albanischen Volksgruppe nach einer albanisch-sprachigen Universität zu verstehen.

4.2.1 Albanisch-sprachige Universität Tetovo

Zwar ist verfassungsmässig eine albanisch-sprachige Ausbildung - wie auch diejenige in anderen Minderheitssprachen - auf Volks- und Sekundarschulstufe erlaubt, unter der Bedingung, dass gleichzeitig Mazedonisch gelehrt wird. Hingegen gibt es keine Möglichkeiten, eine höhere Schulbildung in albanischer Sprache zu absolvieren.

Vor dem Zerfall von Titos Jugoslawien fiel dies nicht stark ins Gewicht. Das Absolvieren einer höheren Ausbildung in den Städten von anderen Teilrepubliken, wie etwa in Belgrad (Serbien), Zagreb (Kroatien) oder Sarajevo (Bosnien-Herzegowina) war weit verbreitet; für albanisch-sprachige StudentInnen im Süden Jugoslawiens bot sich der Besuch der albanisch-sprachigen Universität in Prishtina an. Als diese jedoch 1990 mit der Auflösung des Autonomiestatuts von Kosova und dem Einsetzen des Unterdrückungsregimes unter Milosevic aufgelöst wurde, war nicht nur den kosovarischen StudentInnen, sondern auch den ethnisch-albanischen StudentInnen aus Mazedonien der Zugang zu einer albanisch-sprachigen Hochschulbildung verwehrt.

¹⁸ Die Religionsfreiheit ist jedoch gewährleistet. Genauere Ausführungen zur mazedonischen Verfassung siehe auch: International Crisis Group, Macedonia's Ethnic Albanians: Bridging the Gulf, 2 August 2000: Constitutional and Legal Positions of Minorities

¹⁹ International Helsinki Federation, Report on Two Fact Finding Missions, 8 June 2001

²⁰ International Crisis Group, Macedonia's Ethnic Albanians, Bridging the Gulf, 2 August 2000



Nachdem die Bemühungen von ethnisch-albanischer Seite, albanisch-sprachige Vorlesungen an den Universitäten von Skopje und Bitola einzuführen, erfolglos geblieben waren, wurde 1994 auf private Initiative die albanisch-sprachige Universität in Tetovo gegründet. Seit ihrer Gründung wurde die Universität von ethnisch slawischer Seite bekämpft und als verfassungswidrig erklärt. In den folgenden Jahren gab es mehrere Versuche der Polizei, die Universität zu schliessen. Bei steigender StudentInnenzahl blieben dies jedoch erfolglos.²¹ Die Auseinandersetzungen spitzten sich im Schatten des Kosova-Krieges zu. Sie waren - nach Aussagen von IHF - gezeichnet von einer unerbittlichen Haltung der Regierung, was wiederum auf albanischer Seite einer Radikalisierung Vorschub leistete. Bis heute werden die an der Universität Tetovo erlangten Diplome und Abschlüsse offiziell nicht anerkannt, was den Zugang zu Posten, die höhere Bildung verlangen, für AbsolventInnen dieser Universität erschwert.

Der im Sommer letzten Jahres vom OSCE-Beauftragten für Minderheiten Max van Stoel ausgearbeitete Kompromiss bezüglich einer Drittfinanzierung der Universität als einem privaten Institut mit albanisch-sprachigen Bildungsangebot sowie Bildungsmöglichkeiten in anderen Sprachen, wurde seitens eines Grossteils der Betroffenen als ungenügend empfunden. Die albanische Volksgruppe argumentierte, dass damit die offizielle Anerkennung einer mazedonischen albanisch-sprachigen Universität nach wie vor ausstehe. ICG stufte den Vorschlag von van der Stoel zwar als vorteilhaften Kompromiss ein. So komme er einerseits den Forderungen nach einer albanischsprachigen Universität nach, andererseits erlaube er es der ethnisch-slawischen Seite, das Gesicht zu wahren. Zugleich warnte ICG schon zu jenem Zeitpunkt vor den möglichen Folgen: "Es scheint Wunschdenken zu sein, zu hoffen, dass die hoch politisierte ethnisch-albanische Gemeinschaft simpel den Umstand ignoriert, dass die Tetovo-Universität seit fünf Jahren ungeachtet des rechtlichen Status existiert hat. Sogar der eher moderate Flügel der ethnisch-albanischen AktivistInnen wird es extrem schwierig finden, beiseite zu stehen, wenn die Regierung die Tetovo-Universität schliesst, um eine weniger umstrittene Universität ausserhalb des Zentrums des albanisch dominierten intellektuellen und politischen Lebens zu gründen."²² Der Kompromissvorschlag führte im Juli vergangenen Jahres zu Demonstrationen und Protesten auch in Skopje.²³

Nach Jahren der Auseinandersetzung ist heute die Universität Tetovo ein Politikum geworden. Das ursprüngliche Anliegen, nämlich eine höhere Bildung in albanischer Sprache, ist teilweise in den Hintergrund gerückt; in der akuten Krise steht die Forderung nach einer Legalisierung der Universität an prioritärer Stelle.

4.3 Staatsangehörigkeit

Nach der offiziellen Statistik gehören 66.6 Prozent der Bevölkerung Mazedoniens der slawischen und 22.9 Prozent der albanischen Volksgruppe an. Diese Zahlen sind von albanischer Seite umstritten. Bereits die erste Volkszählung von 1991 führte, ebenso wie die von der OSCE überwachte zweite Volkszählung von 1994, zu grossen Kontroversen zwischen den Volksgruppen. Das Problem liegt vor allem bei der Differenz zwischen der Anzahl von effektiv im Land lebenden Angehörigen der albanischen Volksgruppe und der Zahl von ethnisch-albanischen Personen mit mazedonischer Staatsbürgerschaft: Aufgrund des restriktiven Gesetzes über die Erlangung der Staatsbürgerschaft hat eine grosse Zahl von in Mazedonien lebenden

²¹ Nach Angaben von ICG, August 2000, waren es zu jenem Zeitpunkt 4'500 StudentInnen.

²² Zit nach: International Crisis Group, Macedonia's Ethnic Albanians, Bridging the Gulf, 2 August 2000 (Übersetzung d. Autorin)

²³ siehe auch: NZZ, Die albanische Hochschule in Tetovo wird legalisiert, 3. August 2000

AlbanerInnen keine mazedonische Staatsbürgerschaft. Eine für den 15. Mai des laufenden Jahres vorgesehene Volkszählung wurde aufgrund der Eskalation des Konflikts verschoben.²⁴

Seitens der albanischen Volksgruppe wird geltend gemacht, dass das restriktive Gesetz, das die Staatsangehörigkeit regelt, dazu geführt habe, dass heute rund 100'000 ethnische AlbanerInnen in Mazedonien staatenlos sind. Die entsprechende gesetzliche Regelung wird auch seit längerem von Menschenrechtsorganisationen kritisiert. Um die mazedonische Staatsbürgerschaft zu erhalten, gibt es die folgenden verschiedenen Möglichkeiten:

- Zugehörigkeit zur slawisch-mazedonischen Volksgruppe
- Geburt auf mazedonischem Territorium
- Durch Einbürgerung

Angehörige von ethnischen Minderheiten, die nicht auf mazedonischem Territorium geboren sind, können durch Einbürgerung die mazedonische Staatsbürgerschaft erhalten. Die Voraussetzungen dafür sind jedoch sehr hoch: Das Mindestalter muss 18 Jahre betragen, man muss sich während 15 Jahren ununterbrochen auf mazedonischem Territorium aufgehalten haben²⁵, man darf nicht straffällig geworden sein, muss die mazedonische Sprache sprechen, keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellen sowie auf eine zweite Staatsangehörigkeit verzichten. Die restriktive Regelung trägt nicht dem Umstand Rechnung, dass zahlreiche BürgerInnen des ehemaligen Jugoslawiens teilweise während Jahren in den übrigen Teilrepubliken Jugoslawiens beziehungsweise im Ausland lebten.

Beispielsweise können junge Menschen, die der albanischen Volksgruppe angehören, aber nicht 15 Jahre ununterbrochen in Mazedonien gelebt haben, nicht mazedonische StaatsbürgerInnen werden, obwohl vielleicht ihre Familie seit Generationen auf mazedonischem Gebiet gelebt hat, sie aber vielleicht in Bosnien-Herzegowina oder im westlichen Ausland auf die Welt gekommen und dort in die Schule gegangen sind oder studiert beziehungsweise gearbeitet haben. Der diskriminierende Charakter dieser Gesetzgebung kommt - so IHF - ferner dadurch zum Ausdruck, dass demgegenüber die Angehörigen der slawischen Volksgruppe die mazedonische Staatsbürgerschaft genießen, ungeachtet dessen, ob sie überhaupt in Mazedonien wohnen oder dort geboren sind. Von albanischer Seite wird diese Gesetzesbestimmung als Ausdruck des mazedonischen Staates, die Rechte und den politischen Einfluss der albanischen MazedonierInnen zu beschränken, interpretiert.²⁶

Trotz verschiedener Versprechen, dieses Gesetz europäischen Standards anzupassen, ist es bisher unverändert geblieben. Zusammenfassend schreibt die IHF in ihrem Jahresbericht: "Das Gesetz löste den Status einer bedeutenden Zahl von BürgerInnen (des früheren gesamt-)jugoslawischen Staates, die seit langem in Mazedonien lebten, aber weder in Mazedonien geboren sind noch ethnisch mazedonisch sind, nie. Zahlreiche ethnische AlbanerInnen, Türkinnen und Roma, die keine andere Heimat als Mazedonien kannten, blieben als Resultat dieses Gesetzes staatenlos." An gleicher Stelle warnt IHF vor den Folgen solch diskriminierender Gesetze: "...Man sollte das immanente Konfliktpotential einer kontinuierlich diskriminierenden Gesetzgebung und Praxis, das implizit radikalere und ungeduldigere albanische politische Bewegungen fördert, nicht unterschätzen."²⁷

²⁴ Nähere Informationen über den Zensus siehe: International Crisis Group, The Macedonia Question: Reform or Rebellion, 5 April 2001 (www.crisisweb.int); eine Zensusübersicht (Volkszählung von 1991 und 1994 siehe Annex zu dieser Lageübersicht).

²⁵ Mazedonien als unabhängiger Staat existiert allerdings erst seit 10 Jahren!

²⁶ Angaben nach: International Helsinki Federation, Report on Two Fact Finding Missions, 8 June 2001

²⁷ International Helsinki Federation, Report 2000, Macedonia



Ein am 25. Juni in Skopje in Umlauf gesetztes Pamphlet, eine "paramilitärische Order", bestätigt, dass die Frage der Staatsbürgerschaft auch auf ethnisch-slawischer Seite sehr präsent ist. Im Aufruf zur ethnischen Säuberung (siehe unten Kapitel zu Menschenrechtssituation) werden Kategorien entlang der Staatsbürgerschaft festgelegt: Danach sollen Angehörige der ethnisch-albanischen Volksgruppe, die die mazedonische Staatsbürgerschaft *nicht haben*, oder *erst nach 1994* erhielten, Mazedonien noch in der Nacht vom 25. Juni verlassen.²⁸

4.4 Lokale Selbstverwaltung

Mazedonien ist stark zentralisiert, der Staat treibt die Steuern ein, die Gemeindeverwaltungen haben keine Steuerautonomie und somit praktisch keine finanziellen Ressourcen. Sie erhalten knapp zwei Prozent der Steuereinnahmen, was kaum ausreicht, um die Lohnkosten des Verwaltungspersonals zu decken. Die Zentralregierung kontrolliert und bestimmt auch die Anstellung des Verwaltungspersonals. Diese starke Zentralisierung nach der Unabhängigkeit war der Identifikation der albanischen Volksgruppe mit dem Gesamtstaat abträglich. 1998 wurde zwar ein Ministerium für Lokalverwaltung gegründet, um diese zu fördern. Bisher sind jedoch kaum Resultate sichtbar. Die slawischen MazedonierInnen haben Angst vor einer Stärkung der lokalen Selbstverwaltung. „Denn die Lehre, welche die Mazedonier aus dem Zerfall Jugoslawiens ziehen, lautet: Föderalisierung ist der Anfang vom Ende.“²⁹ Die Diskussion um eine stärkere Föderalisierung beziehungsweise Dezentralisierung ist denn auch seit der Unabhängigkeit von Misstrauen geprägt.³⁰ Der albanisch-mazedonischen Seite wird unterstellt, dass das Bekenntnis zum Gesamtstaat nur ein Lippenbekenntnis sei und eine verstärkte lokale Autonomie der erste Schritt zur Abspaltung des überwiegend von der albanischen Volksgruppe besiedelten Teil Mazedoniens führen würde.

5 Politische Entwicklung³¹

5.1 Hintergrund³²

Während der letzten Jahre haben vier Parteien die politische Landschaft geprägt und dominiert. Nämlich die ethnisch slawische Parteien VMRO-DPMNE unter Ljubco Georgievski mit rechts-nationaler Wählerschaft und die frühere Regierungspartei, die sozialdemokratische Allianz SDSM unter Branko Crvenkovski einerseits und andererseits die ethnisch-albanischen Parteien, die demokratisch albanische Partei DPA unter Arben Xhaferi sowie die zweitgrößte Partei des demokratischen Fortschritts PDP unter Imer Imeri.

²⁸ Im Hetzblatt heisst es weiter, dass für jeden getöteten Polizisten oder Soldaten 100 AlbanerInnen der gleichen 'Kategorie' getötet werden sollen, für jeden behinderten Soldaten oder Polizisten 50 Angehörige der gleichen Kategorie, Gegenwert für einen verwundeten stellt der Mord an 10 AlbanerInnen, "ungeachtet des Geschlechts oder Alters" dar. Informationen nach: Human Rights Watch, 26 June 2001, Macedonia: Pamphlet raises ethnic tensions

²⁹ NZZ, 27. März 2001, a.a.O

³⁰ Hintergrundinformationen in: ICG, 2 August 2000, a.a.O: Federalisation or Decentralisation

³¹ Die Chronologie in Annex 2 bietet einen Überblick über die Ereignisse.

³² Sofern keine anderen Quellen vermerkt, basiert dieser kurze Überblick im Wesentlichen auf dem Report der IHF-Fact-finding Mission, 8 June 2001. A.a.O

Hinzu kommen eine Anzahl kleinerer Parteien, darunter die multiethnische "Demokratische Allianz", die slawische "Liberale Partei", die "Sozialistische Partei", die zwei nationalistischen Parteien VMRO und die vor kurzem gegründete "Nationale Demokratische Partei" NDP, der man eine starke Nähe zu den bewaffneten Rebellen nachsagt.³³

Von 1992 bis 1998 war eine Koalition der SDSM (sozialdemokratische Allianz) und der PDP (Partei des demokratischen Fortschritts) in der Regierung. Nach den Wahlen von 1998 verloren SDSM und PDP die Regierungsrolle; die neue Koalition besteht seither aus der VMRO-DPMNE unter Georgievski und der DPA unter Xhaferi zusammen mit der kleinen liberalen Partei. IHF sieht in den kurzlebigen Koalitionen einen Ausdruck des "turbulenten politischen Klimas mit stark populistischen Manifesten und konstant sich ändernden Parteikonstellationen."³⁴

Während in der früheren Regierung die albanische PDP wenig realen Einfluss ausüben konnte, verfügt die albanische DPA mit fünf Ministern seit 1998 über mehr Regierungsverantwortung. Die ethnisch-slawische Opposition hat die regierende VMRO-DPMNE denn auch wiederholt dafür kritisiert, dass sie der albanischen Seite zuviel Macht in der Regierung gebe.

Bezüglich der bis heute unerfüllten politischen Forderungen hatte die albanische Bevölkerung nach den Wahlen von 1998 grosse Erwartungen in die neue Regierungskoalition gelegt. IHF schreibt dazu: "Nach mehr als zwei Jahren beklagt sich die albanische Seite, dass es keine substantiellen Verbesserungen gegeben habe und einige stellen fest, dass die DPA mehr dafür besorgt sei, an der Macht zu bleiben, als sich um die Rechte der albanischen Volksgruppe zu kümmern."³⁵ Die harscheste Kritik kam dabei von der früheren albanischen Regierungspartei, der PDP. Die Opposition wirft der heutigen Regierung generell Korruption und Vetternwirtschaft vor. IHF erwähnt das Beispiel des Verteidigungsministers, der aufgrund eines Korruptionsskandals mitten in der Krise im April dieses Jahres seinen Rücktritt einreichen musste.

Vor dem Hintergrund einer nun bereits zehn Jahre dauernden Auseinandersetzung und den vergeblichen Forderungen nach einer Gleichberechtigung ist für Imer Imeri, Chef der PDP, die Rede von guten zwischen-ethnischen Beziehungen in Mazedonien nicht mehr als "Regierungspropaganda". Der Führer der DPA, Amer Xhaferi beklagte sich darüber, dass Mazedonien de facto eine multiethnische Gemeinschaft sei mit einem monoethnischen Staatskonzept. Die slawischen Mazedonier hätten das Gefühl, dass der Staat ihnen gehört und die albanische Bevölkerung Immigranten seien. Tatsächlich korrespondiert dies mit der mazedonischen Sicht: „Unter mazedonischen Politikern überwiegt die Sichtweise, dass die Mazedonier diejenigen seien, die den Albanern Rechte "geben" können und dass die Albaner zuviel wollen und damit den Mazedoniern etwas "wegnehmen" wollen."³⁶ So werden im Report der IHF-Fact-Finding Mission das Ergebnis der verschiedenen Interviews mit ethnisch-slawischen Politikern zusammengefasst. Erwähnt wird dabei beispielsweise Filip Petrovski von der VMRO-DPMNE, der im Gespräch klarstellte, dass die "Albaner mehr als genug Rechte haben." Petrovski drohte unter anderem damit, dass eine Änderung der Verfassungspräambel zum Krieg führen würde. Von unabhängiger Seite wird beklagt, dass Politiker beider Seiten je die nationalistischen Gefühle der Volksgruppen anheizen und so die Eskalation des Konflikts fördern.³⁷

³³ Eine Übersicht über die verschiedenen Parteien siehe Annex 3.

³⁴ International Helsinki Federation, Fact finding mission, 8 June 2001, a.a.O.

³⁵ IHF, 8 June 2001, Übersetzung d. Autorin.

³⁶ IHF, 8 June 2001, Übersetzung d. Autorin.

³⁷ IHF, 8 June a.a.O

Auch die ExpertInnen der ICG sprechen von „Unehrllichkeit“ im zwischen-ethnischen Dialog. Aus Furcht vor einer Verschlechterung der Beziehungen haben beide Seiten keine offene Auseinandersetzungen über die Forderung nach Gleichberechtigung geführt.³⁸

5.2 Konflikt und Krise³⁹

Seit Beginn des Jahres hat sich die Lage in einer stetigen Abfolge von einzelnen Zwischenfällen zugespitzt. Am 22. Januar dieses Jahres wurde auf eine Polizeistation in Tearce, einem ethnisch gemischten Dorf in der Region von Tetovo, ein Attentat verübt, das einem Polizisten das Leben kostete und zwei weitere verwundete. Einen Tag später trat die albanische Rebellenbewegung UCK, die „Nationale Befreiungsarmee“, die das gleiche Kürzel wie die kosovarische Befreiungsbewegung, aber mit unterschiedlicher Bedeutung trägt,⁴⁰ erstmals mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit und übernahm die Verantwortung für dieses Attentat.⁴¹ Der Ursprung der Gewaltspirale führt nach Tanusevci, einem kleinen Bergdorf an der Grenze zu Kosova. Die von der ICG interviewten BewohnerInnen des Dorfes verwiesen auf eine lange Tradition von Diskriminierung und Schikanen durch die serbische und mazedonische Polizei und die Grenzbehörden. 1999 war Tanusevci eine Basis der kosovarischen UCK und beherbergte Hunderte von Vertriebenen aus Kosova. Seit 1992 war es in dieser Gegend wiederholt zu Zwischenfällen gekommen, wobei nach ICG die Unterscheidung zwischen „albanischem Terrorismus“ und Schmuggel, bei dem albanische, serbische und mazedonische Personen involviert waren, schwierig gewesen sei.⁴² Am 16. Februar dieses Jahres nahm die UCK ein Fernseheteam vorübergehend fest, am 2. April wurden ebenfalls in dieser Gegend vier mazedonische Soldaten festgenommen und die Freilassung eines inhaftierten Albaners gefordert. Im Februar drehte sich die Spirale einer drohenden Eskalation weiter, als zwischen Skopje und Belgrad ein Abkommen über den Grenzverlauf zwischen Kosova und Mazedonien abgeschlossen wurde, ohne Einbezug der internationalen und lokalen Behörden Kosovos.⁴³ Mit dem Abkommen wurden umstrittene ethnisch-albanische Dörfer im bergigen Grenzgebiet Mazedonien zugeschlagen.⁴⁴ Das Agreement wurde von Imer Imeri, dem Präsidenten der PDP, „als mazedonisch-serbische Kampfansage gegen den sogenannten albanischen Terrorismus“ bezeichnet.⁴⁵ In der Region von Tanusevci führte es zu weiteren bewaffneten Zwischenfällen, in deren Rahmen Anfang März drei Soldaten der mazedonischen Armee getötet wurden. Nach Einschätzungen der ICG waren die Grenzvereinbarungen zwischen Belgrad und Skopje Teil der Tetovo-Krise. Der Einmarsch von schwer bewaffneten Spezialeinheiten der mazedonischen Armee habe dann schliesslich den albanischen Extremisten den Vorwand für den weiteren Einsatz von Gewalt verschafft.⁴⁶

³⁸ „Inter-ethnic dialog has been dogged by insincerity. Both sides feel that their essential concerns and fears cannot be freely discussed, because the attempts to do so would open the door to extremist demands and reactions. (...)The crises at Tanusevci and Tetovo should be seen as proof that a sincere dialogue can no longer be postponed.“ ICG, The Macedonian Question: Reform or Rebellion, 5 April 2001

³⁹ Bei den folgenden Ausführungen muss berücksichtigt werden, dass sich im betrachteten Zeitraum die Ereignisse zum Teil überstürzten und die Informationslage teilweise widersprüchlich war.

⁴⁰ Ausführliche Hintergrundinformationen zur UCK in Mazedonien in: NZZ; 20. Juni 2001, „Unschärfe Konturen der UCK in Mazedonien: „...Allerdings steht UCK hier für Ushtria Clirimtare Kombetare (Nationale Befreiungsarmee), im Unterschied zur Ushtria Clirimtare e Kosoves, der Befreiungsarmee Kosovos.“

⁴¹ Der Wortlaut der Erklärung siehe ICG, 5 April 2001, a.a.O. Genauere Informationen zur UCK siehe Annex 3.

⁴² ICG, 5. April 2001, a.a.O

⁴³ Zu den Folgen dieser Vereinbarung siehe auch: Rahel Bösch, Kosova: Zur Situation der ethnischen Minderheiten, SFH März 2001: Gorani

⁴⁴ Das Abkommen regelte den 260 Km langen Grenzverlauf, inklusive problematische Gebiete wie das sogenannten Sar-Dreieck. Genauer Hintergrund siehe: ICG, 5. April 2001, a.a.O

⁴⁵ ICG, 7. April 2001, a.a.O.

⁴⁶ zit. nach ICG, 5. April 2001, a.a.O, Übersetzung d. Autorin

Die UCK gab ihrerseits vor, aufgrund des zunehmenden Aufgebots der mazedonischen Polizei die eigene Zivilbevölkerung schützen zu müssen. Offenbar war auf ethnisch-albanischer Seite ein Potential an gut ausgebildeten und vom Kosova-Krieg her erfahrenen, aber in Mazedonien geborenen, Kämpfern vorhanden, das nur allzu gern den Einmarsch der Polizisten als Vorwand für die eigenen bewaffneten Aktivitäten nahm⁴⁷. Die Ablehnung der Aktivitäten der UCK in der Region von Tanusevci auch durch die ethnisch-albanischen Politiker führte dazu, dass die Rebellen eine neue Front in den Bergen bei Tetovo eröffneten. Am 13. März führten die Rebellen aus dem hochgelegenen Dorf Sar erste Attacken auf mazedonische Polizisten in Tetovo. Die Stadt ist, wie bereits oben erwähnt, das Zentrum der ethnisch-albanischen Bevölkerung im Westen Mazedoniens, wo sich nach Informationen der ICG nach den Auseinandersetzungen um die albanisch-sprachige Universität bereits vor einem Jahr erste Guerilla-Zellen gebildet hatten.

Im März verschärfte dann eine Demonstration in Tetovo unter dem Motto "Stop dem Terror der mazedonischen Regierung gegen die AlbanerInnen", die zu einer Sympathiekundgebung für die albanische Rebellenbewegung wurde, die Spannungen zusätzlich. Die Situation eskalierte in der letzten Märzwoche, als die Rebellen verschiedene Dörfer in den Hügeln bei Tetovo unter ihrer Kontrolle hatten und die mazedonische Armee mit verschiedenen Offensiven versuchte, diese zurückzuerobern.

Im April wurden die Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Konflikts fortlaufend durch das Aufflammen von erneuten Kämpfen blockiert. Ende April gerieten acht Polizisten beziehungsweise Soldaten bei Tetovo in einen Hinterhalt der UCK und wurden getötet. Anlässlich der Beerdigung von vier der Opfer in Bitola kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen seitens der slawischen Bevölkerung gegen Geschäfte, Cafés und Häuser der albanischen Volksgruppe. (siehe unten Menschenrechtssituation). Die seit Wochen in den von den Rebellen kontrollierten und von der Armee beschossenen Dörfern eingeschlossene Bevölkerung konnte sich teilweise in Sicherheit bringen. Tausende von ethnischen AlbanerInnen flohen nach Kosova. Im gleichen Zeitraum häuften sich die Meldungen über Übergriffe und Misshandlungen der Zivilbevölkerung durch die Armee und Polizei.

Im Mai übernahmen die UCK-Rebellen auch die Kontrolle von mehreren Dörfern in der Region von Kumanovo. In der bergigen Gegend von Lipkovo liegen auch die zwei Reservoirs, die Kumanovo mit seinen rund 100'000 EinwohnerInnen mit Wasser versorgen. Die jeweils in der Sommerhitze notwendige Umstellung der Wasserzufuhr vom Reservoir von Lipkovo auf das zweite in Glaznje konnte nicht vorgenommen werden, weil die Ingenieure nicht in das von den Rebellen kontrollierte Gebiet fahren konnten. Die Vereinbarung, wonach ein Konvoi humanitäre Hilfe für die rund 15'000 eingeschlossenen ZivilistInnen im Rebellengebiet bringen sollte und im Gegenzug die Ingenieure die Wasserzufuhr umstellen sollten, scheiterte an der Weigerung der Regierung, mit dem Konvoi auch ausländische JournalistInnen, wie dies die UCK gefordert hatte, ins Gebiet reisen zu lassen. Der Wassermangel in der Hochsommerhitze liess auch in dieser Stadt mit rund 100'000 EinwohnerInnen die zwischen-ethnischen Spannungen steigen.⁴⁸

⁴⁷ Nebst der ICG sind sich auch weitere Kenner der Situation darin einig, dass die Rebellen grösstenteils aus Mazedonien selbst stammen. Sie hatten sich den UCK-Kämpfern in Kosova angeschlossen, standen dann nach Kriegsende mit leeren Händen, ohne Kompensation, Ansehen oder Zukunft da und mussten in ihrem Heimatland sogar Strafverfolgung aufgrund ihrer Aktivitäten in Kosova befürchten. Hintergrundinformationen in: IWPR-Report, No. 251 Part II, 31 May 2001, Colin Soloway, Albanian „Peace Deal“ Controversy

⁴⁸ IWPR-Balkan-Report, No. 256, 15 June 2001, Ana Petroseva, Thirsting for a Return to Normality



Die Kämpfe in der Region von Kumanovo dauerten auch im Juni fort. Anfang Juni nahmen die Rebellen zudem Aracinovo, einen Vorort von Skopje, unter ihre Kontrolle und bedrohten die Hauptstadt mit bewaffneten Angriffen. Eine Grossoffensive der Armee gegen die Rebellen wurde nach internationaler Vermittlung gestoppt. Die Rebellen zogen sich am 25. Juni unter Geleitschutz der NATO aus Aracinovo zurück.

5.3 Friedensbemühungen

Die internationale Gemeinschaft hat sich seit März intensiv um eine De-Eskalierungsstrategie und die Stabilisierung des von einem Bürgerkrieg bedrohten Landes bemüht. Seitens der EU wurden verschiedene Initiativen ergriffen, um eine friedliche Konfliktlösung zu finden. Ende März stellte sich die EU geschlossen hinter die Regierung Trajkovski und versprach die Unterstützung im Kampf gegen den „Terrorismus“. Ein weiterer Schritt in den Vermittlungsbemühungen von internationaler Seite stellte die Unterzeichnung des Stabilisierungsabkommens zwischen Mazedonien und der EU im April dar. Schliesslich machte im Juni die EU wirtschaftliche Hilfe von Kompromissen zwischen den Konfliktparteien abhängig.

5.3.1 Regierung der nationalen Einheit

Während einerseits das militärische Vorgehen gegen die Rebellen unterstützt und Verhandlungen mit der UCK abgelehnt wurden, mahnten die Vertreter von EU und NATO stets auch ein moderates Vorgehen seitens der Armee an. Zugleich wurde ein starker Druck auf die politischen Parteien in Regierung und Opposition gemacht, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, welche die Forderungen von ethnisch-albanischer Seite hätte aufnehmen sollen. Doch auch dieser Schritt brachte keine positiven Ergebnisse. Die Koalition kam zu keiner Einigung, die bewaffneten Auseinandersetzungen nahmen an Intensität zu, zugleich verhärteten sich auch die Fronten zwischen den politischen Parteien zusehends. So schreibt die NZZ Mitte Juni: "Und was tut die Regierung der nationalen Einheit, der auch die beiden tonangebenden albanischen Parteien angehören? Die grosse Koalition, die Verfassungsänderungen und damit eine Aufwertung des Status der albanischen Minderheit zu einem staatstragenden Volk hätte durchsetzen sollen, erweist sich - wie nicht anders zu erwarten war - als handlungsunfähig. Sie hat...kein Konzept und keine Strategie zur Beilegung des bewaffneten Konflikts. Zerstritten sind auch der Präsident und der Regierungschef. Der eine hat zu wenig Macht, der andere ist ein unverbesserlicher Nationalist. Die Regierung will die Verfassung nicht ändern, auch wenn man nur die Präambel streichen müsste, in der es heisst, dass Mazedonien der Staat der Mazedonier ist."⁴⁹. An gleicher Stelle wird auch die "klägliche Rolle" der albanischen Parteien kritisiert, wo Taktieren anstelle klarer Worte und Taten im Vordergrund stünden.

Der mazedonische Premierminister Georgievski konnte in den zurückliegenden Krisenmonaten wiederholt nur knapp daran gehindert werden, den Kriegszustand zu erklären und so eine weitere Eskalation des Konflikts auszulösen. Er setzte auf eine militärische Lösung des Konflikts, wiewohl für breite Kreise zunehmend deutlicher wurde, dass dieser komplexe Konflikt nur politisch gelöst werden könne. Insider bezeichnen Georgievski als unberechenbar und - solange er in Funktion sei - als bestimmend für das Schickals Mazedoniens.⁵⁰

⁴⁹ NZZ, Cyril Stieger, Triumph der Unerbittlichkeit in Mazedonien, 12. Juni 2001

⁵⁰ IWPR, Balkan Report, Vladimir Jovanovski, The Macedonian Hawk, 13 June 2001

5.3.2 Verhandlungen mit der UCK

Verhandlungen mit den Rebellen wurden stets vehement abgelehnt, was nach Ansicht verschiedener Fachleute politisch kurzsichtig war. Das unter Vermittlung des OSCE-Sonderbeauftragten Robert Frowick am 22. Mai zustande gekommene Treffen zwischen Vertretern der UCK und den beiden Präsidenten der grossen albanischen Parteien, das einen Einbezug der Rebellen für eine politische Lösungsfindung hätte bringen können, wurde von den slawisch-mazedonischen Parteien, ebenso wie von der internationalen Gemeinschaft verurteilt. Frowick wurde gezwungen, das Land sofort zu verlassen.

Nach Ansicht von Kennern der Situation wurde jedoch mit der strikten Ablehnung solcher Verhandlungen zwischen gemässigten albanischen Politikern und extremistischen Rebellen eine wichtige Gelegenheit zur Beruhigung der Situation verpasst. Zugleich führte der heftige Beschuss der von den Rebellen kontrollierten Dörfern zu immer mehr Opfern bei der Zivilbevölkerung. Jedes dieser Opfer verschaffte der UCK wiederum neuen Zulauf, ebenso wie jeder bei einem Hinterhalt oder bei den Kämpfen getöteter Soldat oder Polizist die slawisch-mazedonische Seite aufbrachte und so zu einer stetig zunehmenden Verhärtung der Fronten führte.⁵¹

5.3.3 Teilungsplan

Der von der mazedonischen „Akademie der Wissenschaften und Künste“ Anfang Juni vorgelegte Teilungsplan für Mazedonien goss zusätzlich Öl ins Feuer und verzögerte den politischen Dialog weiter. Der Plan legte nahe, dass der letzte Weg, einen Frieden zu erreichen, die Aufteilung Mazedoniens in zwei ethnisch homogen besiedelte Teile sei. Die Teilung sollte zusammen mit dem Bevölkerungsaustausch innert drei Monaten durchgeführt werden. Von gemässiger Seite wurde der Plan umgehend abgelehnt. Premierminister Georgievski war einer der wenigen Politiker, die den Teilungsplan nicht klar verwarfen. Hingegen nannte der Präsident der SDSM, Branko Crvenkovski den Plan einen „Aufruf zum Bürgerkrieg und zum Selbstmord von Mazedonien.“⁵² Seitens der grossen albanischen Parteien wurde der Plan als „unakzeptabel und lächerlich“ abgelehnt. Auch der Präsident der albanischen Akademie der Wissenschaften und Künste lehnte den Vorschlag ab. „Zwischen-ethnische Probleme,“ so der Leiter der albanischen Akademie, „können nicht durch den Austausch von Territorien und Bevölkerung gelöst werden. Die einzige Lösung der mazedonischen Krise liegt bei der Achtung der Rechte der albanischen Bevölkerung, die hier lebt.“⁵³

5.3.4 Trajkovski-Initiative: Allparteiengespräche

Der Mitte Juni vom Präsidenten Boris Trajkovski vorgelegte Fünf-Phasen-Plan wurde von vielen als letzte Chance gesehen, den Ausbruch eines Bürgerkriegs zu vermeiden. Zu den zentralen Punkten des Plans gehörten eine Teilamnestie für die UCK-Freischärler sowie deren Entwaffnung mit Unterstützung der NATO.⁵⁴ Im Rahmen der Verhandlungen über diesen Plan sollten die Forderungen von ethnisch-albanischer Seite sowie weitere heikle Punkte (etwa

⁵¹ „It’s easy for Lord Robertson and Javier Solana to preach against negotiations with terrorists, but other than emboldening the Macedonian army and police to shell villages more heavily, their tough talks has yielded no visible results.“ Zit. nach IWPR-Report, No. 251 Prt II, Colin Soloway, Albanian ‚Peace Deal‘ controversy

⁵² IWPR, Balkan-Report, No. 253, 6 June 2001, Veton Latifi, Storm over Macedonia Partition Plan

⁵³ IWPR, Balkan-Report, No. 253, a.a.O

⁵⁴ Die 5 Phasen in Kürze: In Phase 1 werden Polizei und Armee unter gemeinsames Oberkommando gestellt, in Phase 2 und 3 werden die „Terroristen“ in den von ihnen kontrollierten Gebieten isoliert, Phase 4 sieht die Entwaffnung vor und Phase 5 die Teilamnestie. Siehe: IWPR-Balkan-Report, No. 255, 13 June 2001, Saso Ordanoski, Trajkovski’s ‚Last Chance‘ Plan



Steuerfragen, organisiertes Verbrechen und Geldwäscherei) auf den Tisch kommen. Die Gespräche fanden jedoch nicht wie vorgesehen in Abgeschlossenheit am Ohrid-See statt, sondern in Skopje, wo die Teilnehmer laufend vor der Presse kommentierten.

Von der Bevölkerung wurde der Plan zwar willkommen geheissen, die gleichzeitige Besetzung von Aracinovo durch die UCK und deren Drohung, Skopje zu beschliessen, waren jedoch eine denkbar schlechte Voraussetzung. So schrieb IWPR: „Die mazedonische Öffentlichkeit wird keine politischen Kompromisse dulden, während die albanischen Extremisten die Stadt bedrohen.“⁵⁵ Die Verhandlungen stockten, von albanischer Seite wurden die Forderungen massiv hinaufgeschraubt.⁵⁶ Die für die Gespräche vereinbarte Waffenruhe wurde durch die Armee gebrochen, eine Grossoffensive auf die in Aracinovo verschanzten Rebellen brachte den politischen Dialog vollends zum Erliegen.⁵⁷

Schliesslich konnte der Abzug der Rebellen mitsamt ihren Waffen und unter NATO-Begleitung erzielt werden, was bei der slawischen Bevölkerung zu heftigen Protesten und schliesslich am 25. Juni zum Eindringen ins Parlamentsgebäude führte. In der letzten Juniwoche drohen somit die Ereignisse vollends ausser Kontrolle zu geraten.

6 Menschenrechtssituation

Generell - so die Einschätzung der International Helsinki Federation IHF - blieben die Minderheitenrechte in Mazedonien auch im vergangenen Jahr uneingelöst und gab es ein breites Ausmass von Diskriminierung gegenüber den ethnischen Minderheiten. „Amnesty International“ (AI) schrieb im Sommer vergangenen Jahres: "Seit der Unabhängigkeit waren die Frage des Status und der Rechte der ethnisch albanischen Volksgruppe ein politisches Schlüsselthema der Republik. Im Zusammenhang mit politischen Konfrontationen zwischen ethnischen Albanern und der Regierung wurden in den letzten Jahren ethnisch-albanische Demonstranten - einige von ihnen wurden auch gewalttätig - Zielscheiben von Menschenrechtsverletzungen. Es gibt auch Meldungen über Fälle von polizeilichen Misshandlungen bei denen Mazedonier, Roma sowie ethnische Albaner involviert waren."⁵⁸

Die gleiche Menschenrechtsorganisation machte in ihren Reporten über die Flüchtlingskrise während des Kosova-Kriegs auch darauf aufmerksam, dass Mazedonien wiederholt die Regeln des internationalen Flüchtlingsrechts missachtet habe. Insbesondere werden die wiederholte Grenzschiessungen genannt, welche die vor Massakern und Vertreibung flüchtende kosova-albanische Bevölkerung der Rückschiebung aussetzte (Verletzung des non-refoulement-Prinzips). Bewaffnete Polizisten haben nach AI Flüchtlinge in den Lagern schikaniert und misshandelt. Kosova-albanische Flüchtlinge, die sich ausserhalb des Lagers befanden, seien zudem auch Schikanen durch die Bevölkerung ausgesetzt. Als Rechtfertigung für diese Haltung hatte die mazedonische Regierung stets die Gefährdung der inneren Stabilität betont. Mazedonien hätte dennoch die Verpflichtung des non-refoulement einhalten müssen, so Amnesty International.⁵⁹

⁵⁵ IWPR-Balkan-Report, No. 255, 13 June 2001, a.a.O

⁵⁶ NZZ, Stockende Parteiengespräche in Skopje 20. Juni 2001

⁵⁷ Laut einer Meldung der sda sollten mit der Rückeroberung Aracinovos Fortschritte auch auf politischer Ebene erzielt werden. Sda, Skopje sucht Lösung im Kampf, 23. Juni 2001

⁵⁸ Amnesty International, Killing of police no justification for human rights violations, 22 June 2000

⁵⁹ Amnesty International, FYROM, The protection of Kosova Albanian Refugees, May 1999

6.1 Rechtsstaatlichkeit⁶⁰

Trotz der Medienvielfalt blieb der Einfluss der Regierung auf die öffentlich-rechtlichen Medien sehr stark, es gab zahlreiche Interventionen gegen verschiedene Medien, die OppositionspolitikerInnen zu Wort kommen liessen (beispielsweise Konfiszierung von Zeitungsausgaben, Abstellen der Elektrizitätszufuhr für Radiostationen, Abhören von MedienmitarbeiterInnen, Einschüchterungen).

Im öffentlichen Bereich war zudem eine Tendenz festzustellen, dass Angestellte in Verwaltung und staatlichen Dienstleistungsbetrieben gegen Mitglieder der Regierungspartei ausgewechselt wurden.

Die Gerichte arbeiteten nicht unabhängig. Zwar ist die Gewaltentrennung verfassungsmässig verbrieft, jedoch gab es zahlreiche Versuche der Beeinflussung der Gerichte durch Regierungsbeamte, sowohl bei der Ernennung von RichterInnen als auch bei Verfahren. IHF stellt fest, dass in Mazedonien die Gerichte behandelt würden, wie ein Teil der behördlichen Administration. Als weiteres Problem kommt hinzu, dass die Regierung die Entscheide des Verfassungsgerichtshofs nicht umsetzte. Im Bereich der Zivilverfahren arbeiteten die Gerichte schleppend und unzuverlässig. IHF beklagt zudem ein generelles schwaches Rechtssystem und stellt fest, dass das mangelhaft funktionierende Gerichtswesen zusammen mit schlecht ausgebildeten Polizeikadern und JuristInnen in verschiedenen Verletzungen der persönlichen Rechte resultiere. Es gab zahlreiche willkürliche Verhaftungen und Verletzungen der gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren (Information der Familienangehörigen, Kontakt mit Anwälten, u.a.).

Die Haftbedingungen, namentlich in der Haftanstalt Idrizovo, werden von IHF als extrem schlecht beschrieben. Überfüllte Zellen, teilweise ohne Heizung, Mangelernährung, fehlender Zugang zu medizinischer Versorgung, unmenschliche Behandlung durch das Personal sowie der fehlende Schutz bei Übergriffen von Mitgefangenen werden erwähnt.

6.2 Ethnische Minderheiten

Nach Beobachtung von IHF wuchs im letzten Jahr die religiöse Intoleranz weiter. Die Verbindung zwischen der mazedonisch-orthodoxen Kirche und den staatlichen Behörden war sehr eng. Zwischen der minderheitenfeindlichen Haltung der mazedonisch-orthodoxen Kirche und beispielsweise der Schändung von jüdischen Gräbern in Bitola und Übergriffen gegen Zeugen Jehovas in Prilep wird ein direkter Zusammenhang gesehen.⁶¹

6.2.1 Albanische Volksgruppe

Auf die Diskriminierung der grössten ethnischen Minderheit des Landes wurde bereits oben hingewiesen. An dieser Stelle soll nur noch kurz auf wesentliche Aspekte eingegangen werden. Dazu gehören die Misshandlungen durch die Polizei. Namentlich Angehörige der albanischen Volksgruppe und der Roma waren Zielscheibe vieler Formen von Polizeiübergriffen und -gewalt. Der Vorfall im Januar vergangenen Jahres in Aracinovo, dem mittlerweile ‚berühmten‘ Dorf bei Skopje spiegelt die problematische Haltung wider: Nach dem Mord an drei Polizisten im Januar 2000, machte die Polizei eine Razzia, die einer Art Kollektivstrafe gleichkam. Das ganze Dorf wurde durchkämmt, die BewohnerInnen auf die Strasse getrieben, gezwungen, sich auf den Boden zu legen, getreten und geschlagen.

⁶⁰ Sofern keine anderen Quellen vermerkt sind basieren die Informationen in diesem Kapitel auf dem Jahresbericht der International Helsinki Vereinigung. IHF, Macedonia, 2000

⁶¹ Im IHF-Jahresreport heisst es: „The hostile attitudes of the Macedonian Orthodox Church leadership encouraged direct attacks by the members of the church against minority communities.“

Wohnungseinrichtungen wurden zerstört, in einem Fall wurde in einen Kühlschrank eine Handgranate geworfen. 100 Personen wurden festgenommen und bei Verhören teilweise schwer misshandelt beziehungsweise gefoltert, zwei der Verhafteten mussten ins Spital eingeliefert werden, eine Person starb an den Verletzungen.⁶²

6.2.2 Roma

In Mazedonien leben nach offiziellen Schätzungen rund 43'700 Roma (basierend auf dem Zensus von 1994). Nach Angaben der Roma selbst liegt die Zahl weit höher. Als ethnische Minderheit, die ohnehin in der ganzen Region auf unterster Stufe der sozialen Hierarchie steht, trafen die Kriegsfolgen, sowohl in wirtschaftlicher, sozialer und humanitärer Hinsicht, die Roma am stärksten. Die Gruppe der Roma war der missbräuchlichen Anwendung von polizeilicher Gewalt in überproportionalem Ausmass ausgesetzt (Jahresberichte der International Helsinki Federation 1998 und 1999). Der Mangel an staatlichen Wohnungsbauprojekten führte bereits ab Mitte der 90er Jahre zu einer eigentlichen „Verslumung“ der Roma-Viertel, was wiederum den Teufelskreis von sozialer Verelendung und gesellschaftlicher Diskriminierung schloss. Roma sind auch heute in allen Aspekten des öffentlichen Lebens benachteiligt: Ihr Zugang zu höherer Schulbildung ist beschränkt, ebenso der Zugang zu Arbeitsplätzen. Der Zerfall der Bundesrepublik Jugoslawiens und die Neugründung von Nachfolgestaaten hat auch bei den Roma dazu geführt, dass heute viele staatenlos sind.

Im Zuge der Kosova-Krise, in deren Verlauf auch rund 6'000 Roma aus Kosova nach Mazedonien flohen, verschlechterten sich die Verhältnisse in Mazedonien zwischen den ethnischen Minderheiten und der ethnisch-slavisches Mehrheit zusehends.

Laut jüngsten Angaben aus Roma-Gemeinden besuchten rund 10 Prozent der Roma-Kinder nie die Schule, rund fünfzig Prozent der Schulabsolventen beenden nur die Mittelstufe

Die Fälle von Polizeiübergriffen beziehungsweise offensichtlich verweigertem Schutz bei Attacken von Zivilpersonen häuften sich im letzten Jahr.⁶³ Der Vorfall von Stip im Mai vergangenen Jahres, wo eine Gruppe von Roma während Stunden von Polizisten und Zivilisten gemeinsam schwer misshandelt wurde, ist nach Aussage des European Roma Right Centers (ERRC) lediglich ein besonders intensives Beispiel für die Gewalt und Diskriminierung - auch der Kinder in der Schule, der Roma ausgesetzt sind.

90 Prozent der rund 6'300 Flüchtlinge aus Kosova sind Roma. Sie geniessen den Status einer vorläufigen Aufnahme von drei bis sechs Monaten, die jeweils verlängert wird. Dadurch ist ihre Situation sehr ungewiss.⁶⁴

⁶² Amnesty International spricht gar von möglicher extralegalen Exekution. AI, Killing of police no justification for human rights violations, 22 June 2000

⁶³ Anlässlich einer Tagung im Oktober 2000 veröffentlichte PER (Project on Ethnic Relations) einen Report zur rechtlichen Situation der Roma in Mazedonien; PER, State Policies Toward The Roma in Macedonia, Skopje, October 2000

⁶⁴ Hintergrundinformationen in: European Roma Right Center, A Pleasant Fiction, The Human Rights Situation of Roma in Macedonia, July 1998; Roma Rights, snapshots from around Europe, January 2001, Police Brutality against Roma in Macedonia continues unchecked; ERRC and Macedonia's Roma, 24 April 2001 (www.errc.org)

6.2.3 Türkische Volksgruppe

Angehörige der türkischen Volksgruppe bekommen oft zu hören, dass sie ganz "einfach Albaner sind, dann kamen die Türken (osmanische Herrschaft), dann wurdet Ihr halt Türken."⁶⁵ Die türkische Bevölkerung beträgt rund 5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Von ethnisch-slawischer, ebenso wie von ethnisch-albanischer Seite kommt ein starker Assimilierungsdruck: die türkische Volksgruppe im überwiegend slawisch besiedelten Teil soll sich als ethnisch-mazedonisch mit muslimischer Religion deklarieren, umgekehrt soll sie sich im überwiegend albanisch besiedelten Teil als ethnisch-albanisch deklarieren.⁶⁶

Die nicht albanischen ethnischen Minderheiten fürchten, durch den Konflikt noch stärker marginalisiert zu werden. Sie lehnen daher die von ethnisch-albanischer Seite geforderte Änderung der Präambel ab, wonach slawische und albanische Volksgruppen konstituierende Nationen sein sollen und verlangen statt dessen eine BürgerInnen-Verfassung.

6.3 Militärdienstpflicht

Das mazedonische Gesetz verpflichtet alle Männer zwischen 17 und 55 Jahren zu obligatorischem Militärdienst. Bei einer Verweigerung aus Gewissensgründen ist zwar ein Zivildienst vorgesehen; allerdings machen verschiedene Menschenrechtsorganisationen auf die problematische Regelung aufmerksam: Gesetzlich gesehen haben junge Männer bei ihrem ersten Aufgebot die Möglichkeit, innerhalb von 15 Tagen Dienstverweigerung aus Gewissensgründen geltend zu machen. Wer aber einmal rekrutiert wurde, hat später keine Möglichkeit mehr, sich dem Militärdienst zu entziehen. "Dieses Gesetz trägt nicht dem Umstand Rechnung, dass im Leben eines Menschen zu jedem Zeitpunkt ein Gewissenskonflikt entstehen kann und erlaubt keine Gesuche um Entbindung von der Dienstpflicht aus Gewissensgründen, inklusive Militär- und Reservedienst", kritisiert Amnesty International⁶⁷. So kam es im vergangenen Jahr zu mehreren Fällen von Strafverfolgung bei Dienstverweigerung aus Gewissensgründen. Beispielsweise wurden drei "Zeugen Jehovas" nach der Einreichung ihres Gesuchs um Dienstentbindung aus Gewissensgründen während drei Monaten inhaftiert, obwohl sie sich ausdrücklich bereit erklärt hatten, einen Zivildienst zu absolvieren. Auch nach der Haftstrafe sind diese Männer nicht vor weiterer Strafverfolgung sicher.

Im Sommer des vergangenen Jahres forderte AI eine Amnestie für alle inhaftierten oder von Haftstrafen bedrohten Refraktäre. Zusammen mit dem mazedonischen Helsinki-Komitee forderte AI eine Gesetzesänderung und die Einführung eines wirklich zivilen Dienstes.⁶⁸ Der bisher vorgesehene Zivildienst (lediglich für junge Männer, die anlässlich ihres Aufgebots das Gesuch stellen) entspreche ebenfalls nicht den internationalen Standards, so AI, mit 14 Monaten habe die Länge einen strafartigen Charakter: problematisch sei ferner der Mangel an Garantien, dass der Zivildienst nicht unter militärischer Administration angesiedelt sei.

⁶⁵ Detaillierte Informationen, insbesondere zur Umsetzung des gesetzlichen Minderheitenschutzes in Mazedonien in: Report submitted by the Association for Democratic Initiatives on the implementation of the framework convention for the protection of national minorities in Macedonia, 3 April 2001

⁶⁶ IHF, Fact Finding Mission, 8 June 2001: An gleicher Stelle wird darauf hingewiesen, dass die türkisch besiedelten Dörfer hinsichtlich der Infrastruktur von Regierungsseite stark vernachlässigt werden.

⁶⁷ Amnesty International, Joint appeal for rights of conscientious objectors, 27 September 2000, Übersetzung der Autorin.

⁶⁸ Amnesty International, Call of conscientious objector to prison highlights the need for civilian service, 16 June, 2000.



Anlässlich der wiederholten Versuche verschiedener Minister, die Generalmobilmachung anzuordnen, verlangt AI, das Recht auf Dienstverweigerung aus Gewissensgründen dringend zu beachten.⁶⁹

6.4 Menschenrechtslage im Frühsommer 2001

Auch an dieser Stelle muss einleitend darauf aufmerksam gemacht werden, dass sich die Ereignisse in Mazedonien seit März dieses Jahres überstürzt haben und die Informationslage – trotz der Flut an Meldungen und Reports – teilweise unübersichtlich und widersprüchlich war.

6.4.1 Überblick

Nach wochenlangen Scharmützeln und Kämpfen mit zunehmender Intensität harren Tausende von ZivilistInnen in Dörfern unter Kontrolle der UCK ohne ausreichende humanitäre Hilfe und unter teilweise ständigem Beschuss aus. Nach wechselnden Waffenstillständen, gescheiterten Verhandlungen und vergeblichen Ultimaten häuften sich Anfang Juni die Meldungen über schwerwiegende Übergriffe der mazedonischen Militärkräfte und Polizei, sowohl in Dörfern, wo sie wieder die Kontrolle übernommen hatten, als auch gegenüber der Zivilbevölkerung, welche die Dörfer unter der Kontrolle der Rebellen nach wiederholter Aufforderung der Regierung zur Evakuation verlassen konnten. Auch an der Grenze zu Kosova hat die Polizei zahlreiche ethnisch-albanische Männer daran gehindert, das Land zu verlassen. In den von Freischärlern kontrollierten Dörfern missbrauchte die UCK die eigenen Leute als menschliche Schutzschilde, indem sie sie am Verlassen der Dörfer hinderte. Angehörige anderer ethnischer Minderheiten wurden von UCK-Rebellen in einer Art Sippenhaft misshandelt. Hinzu kamen Fälle von Misshandlungen von ausländischen JournalistInnen durch die mazedonische Polizei.⁷⁰ Am 8. Juni wurden zwei Journalisten von Agence France Press bei Aracinovo verhaftet und in Haft während mehrerer Stunden misshandelt.⁷¹

6.4.2 Übergriffe durch Polizei und Militär

Bei der Rückeroberung von mehreren Dörfern kam es nach ZeugInnenaussagen zu schweren Übergriffen durch Polizei- und Armeekräfte: Human Rights Watch und einzelne Journalisten beschreiben solche Übergriffe im nordwestlichen Tetovo sowie in der nordöstlichen Region von Kumanovo.⁷² Dabei kam es zu schweren Misshandlungen von ethnischen AlbanerInnen, Plünderung von Häusern unter dem Vorwand, die Dörfer von den "Terroristen" säubern zu müssen.⁷³ Die Fact Finding Mission von IHF zitiert verschiedene Zeugnisse von körperlichen Misshandlungen, vor allem von Männern, aber auch Frauen, und massiven Einschüchterungen und Drohungen durch Polizei und Militär.

⁶⁹ Amnesty International, Human rights crisis - Action needed now to protect freedom of movement, 15 June 2001

⁷⁰ Amnesty International, Human rights crisis - Action needed now to protect freedom of movement, 15 June 2001

⁷¹ IFEX, Macedonia alert, 13 June 2001

⁷² Reuters, 27. Mai 2001, Menschenrechtsgruppe: Mögliche Misshandlungen in Mazedonien; Berliner Morgenpost, 28. Mai 2001: Sie schlugen unsere Köpfe an die Wand

⁷³ Guardian, 10 April 2001, Macedonian army brutality condemned

Verschiedene ZeugInnen berichten von maskierten Polizisten und Soldaten, die in die Dörfer gekommen seien und die Zivilbevölkerung mit Messern bedroht hätten. Willkürliche Verhaftungen von Männern, Misshandlungen und Folter in Haft, dann Haftentlassung ohne ein ordentliches Verfahren werden weiter beschrieben. "Die Verhaftungen und Misshandlungen haben Angst unter der Zivilbevölkerung, die sich stark gedemütigt fühlt, ausgelöst." Ganz offensichtlich hat das Vorgehen von Militär und Polizei dazu geführt, dass sich viele "denen in den Bergen" angeschlossen haben, um ihre Familien zu schützen.⁷⁴

Für die Dörfer in der Region von Kumanovo wird ähnliches berichtet. Nach der Rückeroberung von Runica haben offenbar die Regierungstruppen die Zivilbevölkerung schikaniert und misshandelt, teils aus den Dörfern getrieben, mutwillig und gezielt Wohnungen und Möbel von albanischen Familien zerstört. Human Rights Watch informierte über die Vorfälle, was von Regierungsseite umgehend dementiert wurde.⁷⁵

Von Human Rights Watch wurden mehrere Fälle schwerer Misshandlung von ethnisch-albanischen Personen auf Polizeiposten sowohl in Kumanovo als auch Skopje dokumentiert. Die Schwere der Misshandlung überschreitet teilweise die Grenze zur Folter. HRW stellte auch fest, dass die Opfer Angst hätten, mit internationalen BeobachterInnen zusammen zu arbeiten, weil sie von der Polizei davor gewarnt worden seien, über die Misshandlungen zu sprechen. Hinzu kamen Fälle von unter Folter erpressten Geständnissen über Aktivitäten für die UCK. Eine grosse Zahl von Männern blieb weiterhin von ihren Familien, die in Konvois geflüchtet waren, getrennt. Weitere Zeugen berichten von schweren Misshandlungen auf Polizeistationen in Skopje, die Verletzungen wurden von MitarbeiterInnen von Human Rights Watch dokumentiert. Am Schluss des Berichts verweist die Menschenrechtsorganisation darauf, dass Misshandlungen von ethnisch-albanischen, aber auch slawischen Personen durch die Polizei seit 1996 dokumentiert und weit verbreitet seien.⁷⁶

Hinzu kommen Berichte über zahlreiche Übergriffe von mazedonischen Polizisten gegen ethnisch-albanische Flüchtlinge an Strassensperren und auf Polizeiposten. Die NZZ schreibt zusammenfassend: „Solche Übergriffe erfolgten zum Teil spontan, zum Teil systematisch. In Flüchtlingsgruppen wurden die Männern von ihren Frauen und Kindern getrennt und abtransportiert und verprügelt. Zu viele Leute wurden geschlagen, einfach weil sie Albaner waren.“ An gleicher Stelle wird auch darauf verwiesen, dass diese Misshandlungen Ausdruck einer „abgrundtiefen Verachtung vieler Mazedonier“ für die ethnisch-albanische Volksgruppe seien, geprägt von „stumpfem Rassismus.“⁷⁷

Von Regierungsseite werden die Zeugenaussagen dementiert, stattdessen wird geltend gemacht, dass die Zivilbevölkerung von den "Terroristen" als menschlich Schutzschilde gebraucht würden. Nachdem allerdings übereinstimmend verschiedene internationale und lokale Menschenrechtsorganisationen über willkürliches Vorgehen der Polizei und Übergriffe gegen die albanisch-mazedonische Bevölkerung bereits vor Ausbruch des Konflikts berichten, schildern die ZeugInnen mit grosser Wahrscheinlichkeit die Realität, zumal sowohl die MitarbeiterInnen von IHF als auch von HRW auch die Verletzungen der ZeugInnen selbst gesehen haben.⁷⁸

⁷⁴ Zit. nach IHF, Fact Finding Mission, a.a.O., Übersetzung der Autorin.

⁷⁵ IWPR-Balkan Report, No. 253, Part II, Runica Investigation urged

⁷⁶ Human Rights Watch, Macedonian Police Abuses Documented, 31 May 2001, a.a.O

⁷⁷ NZZ, 31. Mai 01, Andreas Wysling, Letzte Rettungsversuche in Mazedonien

⁷⁸ Eine Zusammenfassung der Findings der IHF-Mission siehe: IHF Fact-Finding Mission Found Large-Scale Arbitrary Arrests and a Huge and Increasing Potential for Conflict, IHF 6 May 2001

6.4.3 Übergriffe durch die UCK

Ende Mai beobachtete ein Mitarbeiter von HRW, wie eine Gruppe von rund 35 ethnisch-albanischen Männern von Matejce von ihren Familien getrennt und auf den Polizeiposten in Kumanovo gebracht wurden.⁷⁹ Für das gleiche Dorf berichtet die gleiche Menschenrechtsorganisation auch über Misshandlungen an serbischen Zivilisten durch die UCK: Ende Mai nahm die UCK in diesem albanisch-serbisch gemischten Dorf zwei Gruppen von serbischen Zivilisten fest und misshandelte diese. Das Dorf liegt in der Region von Kumanovo in der Nachbarschaft von mehreren Dörfern unter Kontrolle der UCK. Die BewohnerInnen des Dorfes hatten gemeinsam beschlossen, sich aus den Kämpfen heraus halten zu wollen und forderten die UCK auf, ausserhalb des Dorfes zu bleiben. Diese übernahm jedoch die Kontrolle. Während vier Tagen hielten sie vier serbische Zivilisten in Haft und misshandelten diese, bei allen vier Personen handelte es sich um die Väter von Polizisten, was offenbar der Grund für die Übergriffe war.⁸⁰

6.4.4 Ausschreitungen in Bitola

Anlässlich der Beerdigung von vier Soldaten, die in einem Hinterhalt der Rebellen bei Tetovo getötet wurden, kam es am 30. April in Bitola, einer im Süden Mazedoniens gelegenen und bisher vom Konflikt verschonten Stadt mit rund 10 Prozent ethnisch-albanischer Bevölkerung zu schweren Ausschreitungen. Rund 40 Geschäfte und Restaurants von ethnisch-albanischen und slawisch-muslimischen BewohnerInnen wurden geplündert, zerstört und in Brand gesteckt. Seitens der betroffenen Bevölkerung werden diese Übergriffe nicht als spontane Äusserungen von ethnischem Hass eingeschätzt, sondern als von aussen organisiert beschrieben. Es standen bereits Lastwagen zum Abtransport der geplünderten Ware bereit.

Bitola ist bekannt für seinen (bis zu jener Nacht) gut erhaltenen historischen Bazar und seine Architektur. Die ethnisch-albanische Bevölkerung war integriert, das Zusammenleben wurde als gut beschrieben; so gibt es beispielsweise zahlreiche ethnisch gemischte Ehen. Seit die Kämpfe im Norden Mazedoniens ausgebrochen waren, verstärkte sich jedoch auch in dieser Stadt die anti-albanische Propaganda. Beispielsweise wurden mit Graffiti Slogans, wie „Tod den Albanern“ verbreitet; dies obwohl keine nationalistische Partei in der Stadtregierung sitzt und Bitola rund 150 Kilometer weit von Tetovo entfernt liegt. Die ethnisch-albanische Bevölkerung war nach der Nacht vom 30. April sehr eingeschüchtert und verängstigt. Nachdem am 5. Juni erneut fünf Soldaten, drei davon aus Bitola stammend, im Gebiet von Tetovo bei Kämpfen gegen die Rebellen getötet wurden, schrieb das Institute for War and Peace Reporting IWPR am 6. Juni, dass in Bitola zu befürchten sei, dass es erneut zu Attacken und Übergriffen gegen die ethnisch-albanische Bevölkerung komme.⁸¹

Dies traf auch zu. Am 6. Juni kam es in dieser Stadt erneut zu Ausschreitungen. Zahlreiche Häuser von ethnisch-albanischen BesitzerInnen wurden in Brand gesteckt, ebenso wurden eine Dorfmoschee zerstört und ein Friedhof geschändet. Restaurants, Geschäfte und Häuser wurden geplündert. Die flüchtenden BesitzerInnen wurden teilweise auch geschlagen. Unter den Opfern waren auch ein lokaler DPA-Vertreter und seine Frau.

⁷⁹ Human Rights Watch, Macedonian Police Abuses Documented, Ethnic Albanian Men Separated, Tortured at Police Stations, Skopje, 31 May 2001

⁸⁰ Human Rights Watch, 7 June 2001, Macedonia: Albanian Rebel Abuses of Serb Civilians. In dieser Meldung informiert HRW auch darüber, dass die mazedonische Polizei sie an weiteren Recherchen zu diesem Fall gehindert hat; u.a. auch an Besuchen von den Verletzten

⁸¹ IWPR-Balkan-Report, No. 253, 6 June 2001, Sime Alusevski, Bitola Spirit Crushed

Einzelne Wohnhäuser waren offenbar sorgfältig ausgewählt worden, unter anderem traf es die Häuser von prominenten und wohlhabenden ethnisch-albanischen Politikern.

HRW zieht aus den eigenen Nachforschungen vor Ort den Schluss, dass die Polizei offensichtlich keine Massnahmen unternahm, um diesen Übergriffen ein Ende zu bereiten. Im Gegenteil sei eine beträchtliche Zahl von Polizisten, mit und ohne Uniform an den Ausschreitungen beteiligt gewesen. Der Mob begründete die Attacken mit Rachemassnahmen für die getöteten Polizisten bei Tetovo. Laut HRW ist die antialbanische Stimmung im Zunehmen begriffen; offen wird propagiert, dass Bitola seine ethnisch-albanischen BewohnerInnen loswerden solle. Laut ZeugInnenberichten skandierten die Angreifer Parolen wie „Säubert Bitola“, „Tod den Albanern“ oder „Raus mit den Albanern“. Mittlerweile leidet die betroffene Bevölkerung nach Angaben von HRW Todesangst. HRW warnt in einem eindringlichen Appell auch an das mazedonische Innenministerium, dass die Ausschreitungen und Übergriffe in Bitola, wo keinerlei Kämpfe stattgefunden hatten, eine gefährliche Eskalation der Krise in Mazedonien darstelle.⁸²

Die Ausschreitungen in Bitola zeigen, dass Angehörige der ethnisch-albanischen Volksgruppe, - ungeachtet dessen, ob sie beziehungsweise ihre Verwandten direkt in die bewaffneten Auseinandersetzungen verwickelt sind, und ungeachtet der früheren guten zwischen-ethnischen Beziehungen - Opfer von kollektiven Rachefeldzügen der aufgebracht slawischen Bevölkerung werden können. Die Polizei ist dabei offensichtlich nicht gewillt, die verfolgte Bevölkerung vor dem Mob zu schützen, sondern beteiligt sich im Gegenteil selbst daran.

Das bereits oben zitierte paramilitärische Pamphlet, das erstmals anlässlich des Sturms auf das Parlament vom 25. Juni in Umlauf gesetzt wurde, setzt die rassistische Hetze fort. Offen wird dort zur Ermordung von ethnisch-albanischen MitbürgerInnen aufgerufen, wobei klare Kategorien und Zahlen der Opfer genannt werden. Im gleichen Pamphlet werden alle ethnisch-albanischen GeschäftsinhaberInnen dazu aufgerufen, das Land innert drei Tagen zu verlassen, dann würden die Geschäfte in Brand gesteckt. Die übrigen ethnischen Minderheiten werden davor gewarnt, in albanischen Geschäften zu verkehren oder zu handeln. Sonst würden auch die Geschäfte dieser andern Minderheiten in Brand gesteckt. Mit diesem Pamphlet wird zur Lynchjustiz gegen die ethnisch-albanische Volksgruppe und zur Plünderung und Zerstörung von deren Eigentum aufgerufen.⁸³

6.5 Flüchtlinge und intern Vertriebene

Mitte Juni verliessen Tausende von EinwohnerInnen aller Ethnien Skopje aus Angst vor einem Angriff der Rebellen die Hauptstadt Skopje. Aus den Dörfern, die bereits unter Kontrolle der Rebellen waren, floh die ethnisch-mazedonische Bevölkerung aus Furcht vor Übergriffen. Viele konnten bei Verwandten unterkommen, viele stehen jedoch auf der Strasse ohne organisierte Hilfe seitens der Regierung.⁸⁴ Nach Schätzungen von lokalen JournalistInnen haben bis Mitte Juni rund ein- bis zweitausend slawisch-mazedonische Familien die Vororte von Skopje verlassen.⁸⁵

⁸² Alle Informationen in: Human Rights Watch, 8 June 2001, Macedonia: Rioters Burn Albanian Homes in Bitola

⁸³ Human Rights Watch, 25 June 2001, Macedonia: Pamphlet Raises Ethnic Tensions

⁸⁴ Laut Meldung der KIL vom 23. Juni 2001, stellte mittlerweile die deutsche Regierung zusammen mit dem Roten Kreuz Mittel für die Versorgung der Binnenvertriebenen bereit.

⁸⁵ IWPR, 13 June 2001, Skopje braced for war

Allein in der Woche vom 8. bis 15. Juni haben rund 12'000 Angehörige der albanischen Volksgruppe - überwiegend Frauen und Kinder - die Grenze nach Kosova bei Blace überschritten.⁸⁶ Die meisten von ihnen kamen aus Aracinovo, viele von ihnen waren zwei Wochen zuvor bereits aus der Region von Kumanovo dorthin geflohen, nachdem dort die Kämpfe ausgebrochen waren.⁸⁷

Am 20. Juni gab der Hohe Kommissar der VN für Flüchtlinge, Ruud Lubbers, die Zahl derjenigen, die aufgrund des Konfliktes ihre Wohnorte in Mazedonien verlassen mussten, mit etwa 80.000 an. Von ihnen hielten sich nach UNHCR-Schätzungen zirka 48.000 im Kosova auf.⁸⁸ Infolge der heftigen Kämpfen bei Aracinovo flüchteten am 21. Juni erneut 1'400 Menschen nach Kosova und Südserbien. Am 27. Juni war die Zahl laut UNHCR bereits auf 65'000 Flüchtlinge in Kosova und 6'000 Flüchtlinge in Serbien gestiegen. Hinzu kommen Tausende von im Land selbst Vertriebenen. Insgesamt, so das UNHCR Ende Juni, seien in der Folge der Krise bereits mehr als 100'000 Menschen geflohen. Die Organisation müsse für „ein worst-case-Szenario vorbereitet sein.“⁸⁹

7 Schlussfolgernde Zusammenfassung

Nach übereinstimmender Ansicht lokaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen wurzelt der aktuelle Konflikt in MAZEDONIEN in langjähriger Diskriminierung und fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen. Das Vorgehen der UCK, die mit Gewalt politische Ziele erreichen will, brachte die schwelenden Konflikte zur Eskalation. Die Regierung erwies sich als unfähig, konstruktive Verhandlungen zu führen und so die Spirale der Gewalt zu stoppen. Verschiedene Bemühungen seitens der internationalen Gemeinschaft, die Eskalation aufzuhalten, haben bisher nicht gefruchtet.

Die Fronten haben sich seit März dieses Jahres zusehends verhärtet, jedes Opfer auf ethnisch-albanischer Seite hat den Freischärlern neuen Zulauf gebracht, jedes Opfer auf ethnisch-slawischer Seite hat die Bereitschaft, auf die Forderungen der albanischen Volksgruppe einzugehen, verringert.

Obwohl mit jedem Tag deutlicher wurde, dass die Rebellen nicht mit militärischen Mitteln zu stoppen sind, wurden militärische Offensiven fortgesetzt, was wiederum die Verhandlungen zum Erliegen brachte. Ende Juni dieses Jahres steht Mazedonien am Rand des Bürgerkriegs. Misstrauen und Angst auf beiden Seiten haben beinahe unüberbrückbare Gräben geschaffen.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen haben seit Februar dieses Jahres rund 100'000 Menschen zum Verlassen ihrer Häuser und Heimorte gezwungen, rund 48'000 Personen sind bisher nach Kosova geflohen. Im Mazedonien selbst gibt es Tausende von Binnenvertriebenen beider Volksgruppen, deren Versorgung bisher nicht sicher gestellt ist.

⁸⁶ UNHCR, 11 June 2001, Thousands of ethnic Albanians flee Macedonia

⁸⁷ IWPR, 13 June 2001, a.a.O

⁸⁸ Meldung KIL, 23. Juni 2001

⁸⁹ UNHCR, 27. Juni 2001, UNHCR Concerned over deepening FYROM Refugee Crisis

Im Verlauf des Konfliktes kam es zu zahlreichen Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung, vor allem gegen die ethnisch-albanische Volksgruppe. Laut ZeugInnenberichten waren dafür überwiegend Polizei und Militär verantwortlich. Die UCK-Rebellen hinderten teilweise die Zivilbevölkerung am Verlassen der umkämpften Dörfer und machten sie so zu menschlichen Schutzschildern. Die Rebellen misshandelten auch Angehörige der ethnisch-serbischen Minderheit in einem gemischt-ethnischen Dorf.

Aus Angst vor dem Ausbruch von Kämpfen flohen auch Tausende von ethnisch-slawischen BewohnerInnen aus Dörfern, wo die Übernahme durch die UCK drohte. Bisher ist es in überwiegend ethnisch-albanisch besiedelten Städten noch zu keinen Übergriffen gegen die slawischen MitbewohnerInnen gekommen. Jedoch sind auch dort viele aus Angst vor möglichen zukünftigen Übergriffen zu Verwandten innerhalb von Mazedonien oder nach Südserbien und Bulgarien geflohen.

Die anti-albanischen Ausschreitungen in Bitola lassen befürchten, dass Angehörige der ethnisch-albanischen Volksgruppe Opfer von Kollektivrachefeldzügen der aufgebrachten slawischen Bevölkerung werden könnten. Die Polizei scheint nicht gewillt, die verfolgte Bevölkerung zu schützen, sondern beteiligt sich eher an der Verfolgung. Tausende flohen aus Furcht vor Übergriffen.

Die Situation ist im ganzen Land unübersichtlich und angespannt. Viele Menschen fliehen davor aus Furcht vor Übergriffen und Kampfhandlungen ins Ausland.

Das mazedonische Gesetz sieht bei Männern im wehrfähigen Alter, die bereits rekrutiert wurden, keine Möglichkeit zur Dienstverweigerung aus Gewissensgründen vor. Refraktären drohen so Gefängnisstrafen, weder ethnisch-albanische Männer noch ethnisch slawische haben die Möglichkeit, den Waffendienst im aktuellen Bürgerkrieg zu verweigern.



ANNEXES

ANNEX 1: Übersichtskarte

ANNEX 2: Chronologie FJR Mazedonien

ANNEX 3: Politische Parteien und bewaffnete Organisationen in Mazedonien



SFH OSAR

ANNEX 1: Übersichtskarte





ANNEX 2: Chronologie FJR Mazedonien

Übersicht bis zum 27. Juni 2001

Zusammengestellt von Stefan Berger, SFH-Länderanalyse

Seit dem 2. Jahrtausend v.Chr.	Siedlungen <i>albanischer Stämme</i> im Nordwesten des geographischen Gebietes des heutigen Mazedonien
4. Jahrhundert v.Chr.	Ausgangspunkt der Grossreiche von Philipp II. dem Makedonier und Alexander dem Grossen
Seit dem 7. Jahrhundert n.Chr.	Einwanderung <i>südslawischer Stämme</i>
Mittelalter	Byzantinische, bulgarische, serbische Herrschaft
Ab 2. Hälfte 14. Jahrhundert – Mitte 19. Jahrhundert	Unter osmanischer Herrschaft
1878	Gemäss dem <i>Abkommen von San Stefano</i> soll das geographische Gebiet Mazedonien nach dem russisch-türkischen Krieg zu Bulgarien geschlagen werden. Im Anschluss an den <i>Berliner Kongress</i> verbleibt es jedoch zunächst im osmanischen Reich.
1912/13	Balkankriege. Aufteilung des mazedonischen Gebietes zwischen Griechenland, Serbien und Bulgarien
1918	Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (später: Königreich Jugoslawien). Mazedonien gilt als „Südserbien“.
1941-45	Nach deutschem Angriffskrieg auf Jugoslawien Besetzung „Südserbiens“ durch Bulgarien. Nach Annäherung der politischen Führer an Titos Partisanen erstmalige Herausbildung eines mazedonischen Nationalbewusstseins.
1946	Mazedonien wird Teilrepublik innerhalb der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Festigung des mazedonischen Nationalbewusstseins.
1967	Gründung der autokephalen mazedonisch-orthodoxen Nationalkirche
Ab 1968	Proteste der AlbanerInnen im benachbarten Kosova bewirken Sympathiekundgebungen der ethnisch-albanischen Minderheit in Mazedonien. Zunehmend repressive Politik.
1990	Erste freie Wahlen und Bildung eines Mehrparteienparlaments. Stärkste Partei wird die mazedonisch-nationalistische VMRO (31.7%) vor den Reformkommunisten (25.8%). Kiro Gligorov wird neuer Präsident der Republik.
8. September 1991	Volksreferendum für die Unabhängigkeit , von der albanischen Minderheit grösstenteils boykottiert.
1993/94	Internationale Anerkennung (insbes. UNO-Mitgliedschaft) unter der vorläufigen Bezeichnung „Frühere jugoslawische Republik Mazedonien“, aber anhaltender Streit mit Griechenland um Staatsbezeichnung und Flagge sowie angeblich antigriechische Verfassungsartikel.



SFH OSAR

8.-9. November 1993	Verhaftung ethnisch-albanischer Politiker wegen angeblich geplanter Bildung paramilitärischer Gruppen. Noch immer haben 80 Prozent der ethnisch-albanischen Volksgruppe keinen mazedonischen Pass.
Februar 1994	Handelsembargo Griechenlands gegen Mazedonien.
2. März 1994	Die BR Jugoslawien sperrt ihren Luftraum für mazedonische Flugzeuge wegen ausstehender Transitgebühren.
1994/95	Streit mit der albanischen Minderheit wegen der albanischen Zuwanderer aus Kosova und Albanien, denen das Recht auf Einbürgerung verwehrt wird. Gemäss Volkszählung vom 21.6.94 leben 22,9% Albaner in Mazedonien.
16./30. Oktober 1994	Gligorov als Staatspräsident bestätigt. Boykott der Parlamentswahlen durch die VMRO-DPMNE (Betrugsvorwürfe). Die Regierungsbündnis um die Reformkommunisten hält neu 95 der 120 Sitze in der Sobranie.
31. März 1995	Umbenennung der UN-Friedenstruppe in Mazedonien (1150 Soldaten) in UNPREDEP.
20. Juli 1995	Militärabkommen mit der Türkei über gemeinsame Manöver.
13. September 1995	Griechenland anerkennt Mazedonien. Beendigung des Embargos im Austausch gegen Änderung der Staatsflagge Mazedoniens. Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern.
3. Oktober 1995	Attentat auf Gligorov, der schwer verletzt wird.
8. April 1996	Die BR Jugoslawien und Mazedonien anerkennen sich gegenseitig.
Ab Sommer 1997	Erhöhte Spannungen zwischen slawischer Mehr- und albanischer Minderheit im Zusammenhang mit der illegalen albanischen Universität in Tetovo (seit 1994) Das Mandat der UNPREDEP wird mehrmals verlängert (1050 Mann), um ein Übergreifen des Bürgerkriegs im Kosova (ab Februar 98) zu verhindern.
1998/99	Zuspitzung der Lage wegen der Eskalation der Kosova-Krise. Albanische Flüchtlinge bedrohen das labile Gleichgewicht zwischen den Ethnien in der FJRM.
Oktober/November 1998	Die VMRO-DPMNE und die DA gewinnen die Mehrheit in den Parlamentswahlen. Stärkste Albanerpartei wird die DPA. Neuer Ministerpräsident wird Ljubco Georgievski (VMRO), neuer Vize Arban Xhaferi (DPA).
Ab 7. Dezember 1998	Stationierung von NATO-Einheiten (15'000 Soldaten bis April 1999) z.T. gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung.
27. Januar 1999	Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Taiwan verstimmt VR China.
22. Februar 1999	Abkommen mit Bulgarien zur Beilegung des Sprachenstreits.



SFH OSAR

26. Februar 1999	Die VR China legt Veto gegen Verlängerung des Mandats der UNPREDEP in Mazedonien ein, das damit ausläuft.
März 1999	Die Zahl der Flüchtlinge aus dem Kosova beträgt rund 16'000.
24. März bis 10. Juni 1999	Dramatische Zunahme der Flüchtlingszahl nach Beginn der NATO-Luftoffensive gegen die BRJ (250'000 Ende Mai). Stark negative Stimmung in der Bevölkerung der FJRM.
Ende Juni 1999	Nach Rückzug der JA aus dem Kosova und dem Einzug der KFOR kehren annähernd 100'000 Flüchtlinge unorganisiert nach Kosova zurück.
Ende Juli 1999	Es verbleiben rund 6'300 Flüchtlinge, vorwiegend Roma in Mazedonien.
Oktober/November 1999	Boris Trajkovski (VMRO-DPMNE) wird zum neuen Staatspräsidenten gewählt.
19. Mai 2000	40'000 Menschen demonstrieren in Skopje gegen die desolate politisch-ökonomische Lage des Landes.
Ende Juli 2000	Der Kompromissvorschlag der OSCE zur Gründung einer privaten albanisch-sprachigen Hochschule in Tetovo, finanziert mit EU-Geldern, wird im Parlament verabschiedet.
22./23. Januar 2001	Attentat auf Polizeistation in Tearce (bei Tetovo); die „Nationale Befreiungsarmee“ (UCK) tritt erstmals mit einem Communiqué an die Öffentlichkeit und übernimmt die Verantwortung für den Anschlag.
16. Februar 2001	Entführung eines Fernsighteam bei Tanusevci; bewaffnete Auseinandersetzungen, ein unbewaffneter ethnisch-albanischer Junge wird erschossen.
Ende Februar 2001	Abkommen zwischen Belgrad und Skopje über Grenzverlauf Mazedonien-Kosova.
März 2001	Beginn der Kämpfe zwischen albanischen Rebellen und mazedonischen Sicherheitskräften im Grenzgebiet zu Kosova.
4. März 2001	In der Nähe von Tanusevci werden drei mazedonische Soldaten getötet. Heftige Feuerwechsel sind die Folge. Die DPA verurteilt die Gewaltanwendung der Freischärler.
5. März 2001	Mazedonien schliesst die Grenze zu Kosova. Die KFOR verstärkt bei Debelde, Kosova, ihre Präsenz.
8. März 2001	Die NATO öffnet teilweise die südserbische Pufferzone für die JA.
16. März 2001	Neue Gefechte in der Umgebung von Tetovo, wo die Rebellen Stellung bezogen haben.
23. März 2001	Die EU sagt Trajkovski volle Unterstützung im Kampf gegen die Rebellen zu, von denen sich führende Kosova-Politiker auf internationalen Druck hin distanzieren.
26. März 2001	Gemäss UNHCR beträgt die Zahl der intern Vertriebenen in Mazedonien über 30'000, wovon 4'500 nach Kosova fliehen, nach eigenen Angaben „aus Vorsicht“.



30. März 2001	Die Forderungen der ethnisch-albanischen Volksgruppe nach mehr Gleichberechtigung in der Verfassung wird von der VMRO-DPMNE zurückgewiesen.
9. April 2001	Die EU schliesst mit Mazedonien ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, das u.a. den interethnischen Dialog fördern soll.
28. April 2001	Acht mazedonische Soldaten geraten bei Tetovo in einen Hinterhalt der UCK und werden getötet.
30. April 2001	Anti-Albanische Ausschreitungen in Bitola mit der Zerstörung von ca. 40 Läden und Restaurants.
5. Mai 2001	Berichte über Misshandlungen an ethnisch-albanischen Zivilpersonen auf mazedonischen Polizeiposten.
11. Mai 2001	Bildung einer Allparteien-Koalition. Informeller Waffenstillstand bei Kumanovo.
24. Mai 2001	Rund 3000 Angehörige der ethnisch-albanischen Volksgruppe fliehen aus den umkämpften Gebieten. Der Tod von sieben Zivilisten in Slupcane kann zunächst nicht verifiziert werden.
25. Mai 2001	Sondersekretär der OSCE Frowick (USA) wird zum Verlassen Mazedoniens gezwungen, nachdem er Geheimverhandlungen zwischen albanischen Politikern und der UCK arrangiert hat.
28. Mai 2001	In Lipkovo treffen 5000-10'000 Flüchtlinge ein. In Kumanovo droht wegen der Blockierung eines nahe gelegenen Stausees durch die Rebellen eine Wasserknappheit.
30. Mai 2001	Rund 5000 Flüchtlinge in Aracinovo bei Skopje. Zögerliche Evakuation der Flüchtlinge in Lipkovo.
1. Juni 2001	Mazedonische Regierung kündigt Verfassungsänderung zugunsten der albanischen Minderheit an. In Aussicht gestellt wird zudem eine Teilamnestie der Rebellen (Trajkovski-Initiative).
4. Juni 2001	Anhaltende Kämpfe um Kumanovo.
6. Juni 2001	Ein Plan zur „friedlichen“ Teilung Mazedoniens entlang ethnischer Grenzlinien durch die mazedonische Akademie der Wissenschaften und Künste löst weit herum Befremden aus.
7. Juni 2001	5 mazedonische Soldaten sterben in einem UCK-Hinterhalt. Erneut anti-albanische Ausschreitungen in Bitola.
7. Juni 2001	Die UCK bietet Waffenstillstand an.
9./10. Juni 2001	Die Rebellen halten Aracinovo besetzt und drohen mit Angriffen auf Skopje.
11. Juni 2001	Die Regierung verkündet „befristete Feuerpause“ zwecks Betreuung der Zivilbevölkerung durch das IKRK.
12. Juni 2001	Blockierung eines IKRK-Konvois durch die mazedonische Armee.
20. Juni 2001	Weitere Gefechte um Kumanovo und Tetovo.



SFH OSAR

20. Juni 2001	Die Allparteiengespräche scheitern vorerst. Die Regierung und die NATO erörtern eine Entwaffnung der Rebellen unter NATO-Beihilfe nach Einstellung der Feindseligkeiten.
22. Juni 2001	Neue Offensive der Armee auf Aracinovo; erneut flüchten 1400 Menschen nach Kosova und Südserbien.
24. Juni 2001	Nach dreitägigen Gefechten neuer Waffenstillstand.
25. Juni 2001	Die EU ernannt François Léotard als ständigen EU-Vertreter für Skopje; Rebellen ziehen sich aus Aracinovo unter Vermittlung der OSCE zurück in die Region von Kumanovo; aufgebrachte slawische Demonstranten stürmen daraufhin aus Protest das Parlamentsgebäude in Skopje.
27. Juni 2001	Das UNHCR nennt die Zahl von insgesamt über 100'000 Menschen, die seit März 2001 ihre Wohnorte verlassen haben.



Annex 3: Politische Parteien und bewaffnete Organisationen in Mazedonien

Uebersetzt aus: *The Macedonian Question: Reform or Rebellion*. International Crisis Group Balkan Report 109. Skopje/Brussels, 5. April 2001

A) Politische Parteien in Mazedonien

Die Abkürzungen der Parteien sind die von der internationalen Gemeinschaft in der Republik Mazedonien gängig benutzten.

VMRO-DPMNE: Die wichtigste ethnisch mazedonische Partei, geführt von Premierminister Ljubco Georgievski. VMRO steht für innermazedonische revolutionäre Organisation, DPMNE für demokratische Partei für mazedonische nationale Einheit. Die Partei hat gegenwärtig 46 der 120 Parlamentssitze inne. Sie wird teils als pro-bulgarisch betrachtet und hat ihre Stammwählerschaft im rechts-nationalistischen Lager.

DPA, auch PDP(Sh): Demokratische Partei der Albaner, in der Regierungskoalition vertreten. Unter der Führung von Arben Xhaferi hat diese grösste albanische Partei international bedeutend an Format zugelegt. Vizepräsidenten sind Menduh Thaci und Iljaz Halimi. Letzterer ist auch stellvertretender Parlamentsvorsitzender.

PDP, auch PPD (Sh): Partei für demokratischen Wohlstand, zweite ethnisch albanische Partei, jetzt in der Opposition, geführt von Imer Imeri, vormals unter der Führung von Abduraman Haliti. Diese Partei war früher die grösste albanische Partei, mit Wurzeln im Sozialismus und Partisanentum, hat aber grösstenteils ihre Glaubwürdigkeit verloren und bewegt sich in Richtung einer stärker nationalistischen Position.

NDP, auch PDK: Nationale demokratische Partei. Diese neue albanische Partei wurde am 12. März 2001 gegründet und strebt nach einer föderalistischen Lösung für Mazedonien. Die Partei hat eventuell enge Verbindungen zu LCK und LPCK, zwei marginalen politischen Parteien, welche die UCK in Kosova gründeten. Ihre Führer sind Kastriot Haxhirexha und Shptim Polozhani, beide bis vor kurzem in der Führung der PDP. Parteisekretär ist Xhevat Ademi. Zwei Parlamentsabgeordnete der DPA, Fadil Bajrami und Ahir Hasani, haben sich ihr auch angeschlossen. Bardhyl Mahmuti von der PDK Kosova, wie auch Rufi Osmani, sollen Verbindungen zu ihr haben, da beide zumindest an den ersten Sitzungen teilnahmen.

LP: Liberale Partei. Die kleinste Koalitionspartei, geführt vom Parlamentsvorsitzenden Stojan Andov und von Risto Gusterov. Gehörte vormals der Regierungskoalition mit SDMS-Mehrheit an und bringt nun mit ihren Stimmen die Parlamentsmehrheit zustande.

SDSM: Sozialdemokratische Allianz Mazedoniens. Die grösste mazedonische Oppositionspartei, geführt von Branko Crvenkovski, von 1991-98 Regierungspartei. Mit ihrer wiederholten Forderung des Rücktritts von Premier Georgievski wollte die Partei vorzeitige Wahlen erzwingen, scheiterte aber.

DA: Demokratische Alternative. Gehörte bis Ende 2000 der Regierungskoalition an. Die Mehrheit der Mitglieder verliess die Partei, nachdem Parteiführer Vasil Tupurkovski erfolglos die VMRO-DPMNE in Frage stellte.



B) In Mazedonien vermutete bewaffnete albanische Organisation

NLA/UCK: Nationale Befreiungsarmee, die aus bewaffneten albanischen Gruppierungen bestehen soll, deren erklärtes Ziel die „Befreiung“ der albanischen Regionen in Mazedonien ist. UCK steht hier für *Ushtira Clirimtare Kombetare*, was auf Albanisch nationale Befreiungsarmee bedeutet und nicht zu verwechseln ist mit der vormaligen kosovarischen Befreiungsarmee (*Ushtira Clirimtare e Kosoves*).

Die nationale Befreiungsarmee soll einen Stützpunkt in Vitina, Kosova, haben und unter der Leitung von Ali Ahmeti und dessen Onkel Fazli Veliu stehen, die beide aus dem Dorf Zajas bei Kicevo sind. Presseberichte nennen als weitere Führer Xhavit Hasani aus Tanusevci, Skender Habibi, Amrush Xhemajli und Emrus Dzemali, den langjährigen Führer der Geheimdienste der kosovarischen Befreiungsarmee.

Die meisten Angehörigen der mazedonischen Befreiungsarmee kämpften schon in der Befreiungsarmee Kosovos, sind jedoch mazedonisch albanischer Herkunft.